

(1957. Sub. 43)

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementspreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus für die Zeit v. 28. Dez. bis 3. Jan. 45 Reichspf. Einzelverkaufspreis: 10 Reichspfennige  
Redaktion: Johannisstr. 46  
Fernruf (905 nur Redaktion, 926 nur Geschäftsstelle)



Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Reichspf., auswärts 25 Reichspfennige, Verfallungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige, Reklamen 80 Reichspfennige  
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46  
Fernruf (926 nur Geschäftsstelle, 905 nur Redaktion)

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 1

Freitag, 2. Januar 1925

32. Jahrgang

## Die Gewerkschaften im Abwehrkampf.

### Gegen die Ausbeutungspolitik des deutschen Arbeitsministeriums, gegen die Machtpolitik der imperialistischen Kabinette.

#### Der Schlichtungsbescheid von Halle.

Halle, 1. Januar.  
In Halle tagte am Neujahrstag eine Bergarbeiterkonferenz, die zu dem am 29. Dezember gefällten Schlichtungsbescheid für den mitteldeutschen Bergbau Stellung nehmen sollte. Bekanntlich hatte dieser Schlichtungsbescheid die elenden Löhne der Bergarbeiter um ganze 4 Prozent „aufgebessert“, dafür aber die zwölfstündige Arbeitszeit durch Schlichtungsbescheid festgelegt. Ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes erstattete den Bericht. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß es eine Schmach sei, wenn das Reichsarbeitsministerium in völliger Verkennung tatsächlicher Verhältnisse den Bergarbeitern, die oftmals viele Bestanden zu ihrer Arbeitsstelle zu gehen haben, das Sklavensoch des Zwölfstundentages auferlegt. Auch die Lohnpolitik sei ein Skandal. Der Schlichtungsbescheid bedeute daher tatsächlich eine Stärkung des Machtdünkels der Bergherren mit amtlicher Hilfe. — Die Konferenz, die durch keinen Mißklang gestört wurde, kam zu einer einstimmigen Entschliessung, in der es u. a. heißt:

„Die am ersten Januar in Halle tagende Konferenz der Funktionäre sämtlicher am mitteldeutschen Braunkohlekariff beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen kommt nach reiflicher Beratung zu dem Ergebnis, daß der am 29. Dezember 1924 gefällte Schlichtungsbescheid nicht angenommen werden kann. Der Schlichtungsbescheid hat eine Reihe wesentlicher Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt gelassen. Die enge Verbindung des Mehrarbeiterschlichtungsbescheides mit dem Manteltarifvertrag hebt die im Manteltarifvertrag grundsätzlich festgelegte achtstündige Schichtzeit in der Praxis tatsächlich wieder auf. Besonders muß betont werden, daß die Konferenz sich mit aller Entschiedenheit gegen das von den Unternehmern immer wieder geforderte Zweischichtensystem im Bergbau wendet. Aber auch die Lohnerhöhung ab ersten Januar muß als gänzlich ungenügend angesehen werden. Die Organisationsleitungen werden beauftragt, bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung nochmals die Forderungen der Arbeiter zu vertreten.“

#### Gleich noch einer.

SPD. Halle, 31. Dezember. (Eig. Drahtb.)  
Der halleische Schlichtungsausschuß fällt gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer für die Metallindustrie der Tarifgebiete Anhalt-Halle-Merseburg einen Schlichtungsbescheid, wonach das alte Ueberzeitabkommen bis zum 31. März 1925 beibehalten bleibt. Der neue Schlichtungsbescheid ist ein Beweis

dadür, daß die Metallarbeiter von den Schlichtungsinstanzen allein nichts zu erwarten haben, sondern sich wahrscheinlich auf ihre eigene Kraft verlassen müssen. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 7. Januar 1925. Die Metallarbeiter der einzelnen in Frage kommenden Verwaltungen haben nimmerehr zu der Entscheidung des Schlichtungsausschusses Stellung zu nehmen.

#### Die Gewerkschaften zur Besatzungsfrage.

SPD. Düsseldorf, 31. Dezember. (Eig. Drahtb.)  
Der Gewerkschaftsausschuß für das besetzte Gebiet tagte am 30. Dezember in Köln. Vertreter waren Delegierte aller Richtungen. Eine lebhaft diskutierte die Stellungnahme der Rätekonferenz in Paris aus, nach der die Räumung der Kölner Zone am zehnten Januar nicht erfolgt. Einstimmig wurde nachstehende Entschliessung angenommen:

„Der Gewerkschaftsausschuß für das besetzte Gebiet als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung erhebt Einspruch und Protest gegen die beabsichtigte Verlängerung der Besetzung der auf Grund des Versailler Vertrages am zehnten Januar 1925 zu räumenden ersten Zone (Kölner Zone).“

Der Gewerkschaftsausschuß hat sich stets für Erfüllung dieses Vertrages eingesetzt und sich gegen alle völkerverfehlenden Bestrebungen gewandt. Die Ruhrbesetzung wurde als rechts- und vertragswidrig bekämpft, wobei das Ziel der Verständigungsmöglichkeit nicht aus dem Auge verloren wurde. Mit Genugtuung konnte in den letzten Monaten eine merkliche Entspannung der Lage im besetzten Gebiet wahrgenommen werden. Alle Hoffnungen auf weitere Entspannung werden vernichtet, wenn die Räumung der 1. Zone zum vertragsmäßigen Zeitpunkt nicht erfolgt. Die Gewerkschaften empfinden dies als einen schweren Schlag für alle Verständigungsbestrebungen und sind entsetzt, daß kleinliche Vorwände benutzt werden, das große Werk der Völkerverständigung zu erschweren. Jegliche weitere Verlängerung der Besetzung hindert die Gesundung der Weltwirtschaft, vermehrt Not und Leiden der Bevölkerung und stellt die Erfüllung der Verträge, insbesondere des Londoner Abkommens, in Frage.

Der Gewerkschaftsausschuß spricht die Erwartung aus, daß die beteiligten Regierungen sofort in Verhandlungen eingetreten, um die vorliegenden Differenzen zu beseitigen.“

Bezüglich der Regierungsbildung vertritt der Gewerkschaftsausschuß die Meinung, daß das besetzte Gebiet ganz zweideutig am 7. Dezember durch den Stimmzettel sich für die demokratische Staatsform erklärt habe. Eine Entschliessung, die vorstehendes ausspricht und zu anderen mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen Stellung nimmt, soll am zweiten Januar formuliert werden.

Die Entschädigungsansprüche der Wirtschaft des besetzten Gebietes sind durch die zuständigen Reichsministerien geregelt worden, ohne daß die Gewerkschaften Gelegenheit gehabt hätten, sich hierzu zu äußern. Das widerspricht der früheren Zusage der zuständigen Stellen. Der Gewerkschaftsausschuß wird dagegen Einspruch erheben

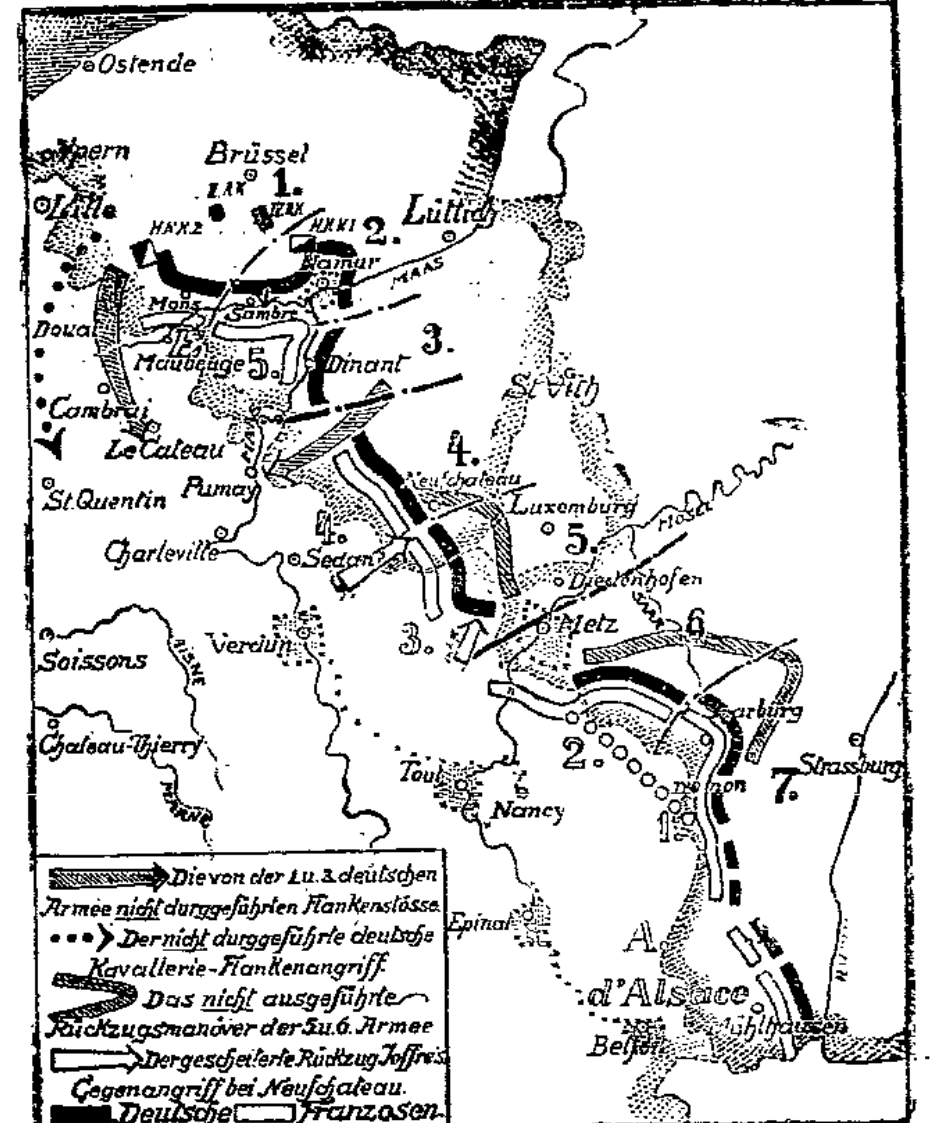
## Das Generalstabswerk.

Von Hermann Schühinger.

Tief erschüttert wird wohl jedermann das deutsche amtliche Generalstabswerk über den Weltkrieg auf die Seite legen, tief erschüttert über den Berg voll latitischer Fehler, strategischer und militärpolitischer Sünden, der den deutschen Zusammenbruch deckt. Es ist richtig, gar vieles, wenn nicht das Allermeiste, ist schon bekannt geworden durch die Memoirenflut der Militärs und Diplomaten, trotz alledem wirkt der aus dem amtlichen Material des Großen Generalstabs und der Obersten Heeresleitung mit zwingender Logik und Systematik errichtete Monumentalbau deutscher Führerschaft so niedererschmetternd wie kein Werk vor ihm.

Dieses amtliche kriegsgeschichtliche Werk bringt in seiner Einkleitung mit anerkannter Offenheit den selbstverständlichen nicht erstrebten aber um so schlüssigeren Beweis, daß schon der „deutsche Feldzugsplan im Westen“ als komplizierendes Element die Friedensschritte der „Auswärtigen Ämter“ in den letzten Stunden und Tagen vor Ausbruch des Weltkrieges illusorisch gemacht und durch die Fundierung der gesamten Aufmarschmaschine auf dem Fundament des Aufmarsches gegen Belgien und der Ueberumpelung von Lüttich die deutschen Kriegserklärungen geradezu erzwungen hat. Des weiteren geht aus dem Generalstabswerk hervor, daß die Generalstabschefs Deutschlands, Frankreichs und Rußlands durch ihr ständiges Drängen zum Vordringen und durch ihre Verluste, unter dem Vorwand des „Grenzschutzes“ und der „erhöhten Kriegsgefahr“ verkappte Mobilisationen durchzuführen, mitschuldig geworden sind am Ausbruch des Krieges.

Diese durch amtliches Material neuerdings erhärtete Erkenntnis muß bei tieferer Durchdringung der Kriegsgeschichte und



## Die Schieberdämmerung.

### Gebrüder Barmat verhaftet.

Der Seehandlungsstandal zieht immer weitere Kreise und nimmt immer abenteuerlichere Formen an. Wie ein Donnererschlag wirkte es, als am letzten Tage des alten Jahres drei der Brüder Barmat, denen der vielgenannte Barmatkonjern gehört, auf ihrer schloßartigen Villa in Schwaneberger, einer Insel im Wannsee, verhaftet wurden. Der vierte der Brüder war verreiselt, vermutlich befindet er sich in Holland; so entging er dem gleichen Schicksal.

Die Verhaftung selbst wurde unter den romantischsten Umständen vorgenommen, 300 Kriminalbeamte waren aufgeboden, Motorboote des Reichswasserschutzes umkreisten die Insel, um eine Flucht zu verhindern.

Ueber den Barmatkonjern, der dem Antisklerozern anscheinend gleicht, wie ein faules Ei dem andern, wird noch manches zu sagen sein. Die Barmats, im Kriege aus Lodz nach Holland eingewandert, machten zunächst in Lebensmittel ein großes und standen als Getreideverpacker auch mit der kaiserlichen Regierung in Fühlung. Während der Inflationszeit nisterten sie sich in Deutschland ein. Obwohl der deutsche Konzern kaum älter als ein Jahr ist, umfaßt er bereits mehrere Banken, darunter als größte die Deutsche Merkurbank in Berlin, ferner ein buntes Gemisch von Eisengießereien, Zementfabriken, Papierfabriken, Sandsteinfabriken usw.

Politisch ist die Angelegenheit insofern von Bedeutung, als auch führende Genossen unserer Partei, u. a. der preussische Landtagsabgeordnete Heilmann den Barmats nahe standen. — Das ist für uns natürlich kein Grund, irgendwie für Rücktritt zu plädieren.

Im Gegenteil verlangen wir, daß gleichzeitig auch von der Partei aus scharf nach dem Rechten gesehen wird. Wenn Ab-

geordnete von uns mit diesen struppeligen Finanzleuten in irgend einer Verbindung stehen, so hat die Mitgliedschaft einen Anspruch darauf, daß auch hier mit eisernem Beien ausgekehrt wird.

## Rückkehr zum Achtstundentag?

In Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 31. Dezember.

Wie aus Kreisen der Industriellen verlautet, sollen die Verhandlungen mit dem Arbeitsminister Sohal dahin geführt haben, daß in Kürze in den ober-schlesischen Zinkhütten von neuem der Achtstundentag eingeführt werden wird.

Vor den Wahlen ließ der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verkünden, daß auch in Deutsch-Oberschlesien in den durchgehenden Betrieben der Achtstundentag wieder eingeführt werden wird. Bis heute ist dieses Wahlversprechen noch nicht eingetroffen. Herr Dr. Brauns ist noch immer Reichsarbeitsminister. Entweder dürfte er dieses Versprechen nicht geben oder er muß es einlösen.

## Englands Bruch mit Sowjetrußland.

England gegen den Sowjethandel.

SPD. London, 31. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Das britische Innenministerium hat die Erneuerung der Aufnahmegerlaubnisse für das Personal der verschiedenen Sowjetdelegationen verweigert. Die Sowjetregierung hat zwar versucht, auf dem Wege über einflußreiche englische Industrielle, mit denen sie in Geschäftsverbindung steht und denen sie große Konzessionen in Rußland verschrieben hat, die enalische Regierung zu einer anderen Haltung zu bewegen. Das Innenministerium hat aber trotzdem alle Erlaubnisse abgelehnt.

Aufmarschmaterie allerdings der Legende ein Ende bereiten, als ob der deutsche Generalstab auf Veranlassung einer sogenannten „Militärpartei“ mit Wissen und Willen des Kaisers einen „Präventiv“-Krieg von langer Hand aus vorbereitet hätte. Die letzte Stichflamme zur Explosion des Weltkrieges, die der deutsche Generalstab am Abend des 1. August 1914 dem Kaiser und dem Kanzler abgerungen hatte, entsprang dem militärischen Komplex der Mobilisation und des auf eine Karte (Lüttich) sehenden Aufmarsches — nicht aber einem selbständigen Willen zum Krieg.

Der deutsche Aufmarschplan wurde seit dem Krieg 1870/71 in seinen Grundzügen zweimal verändert. Bis 1894 galt der rein defensiv Aufmarsch des älteren Moltke und seines Nachfolgers, des Grafen Waldersee; in der Denkschrift vom Juli 1894 legte sich General v. Schlieffen auf den zwischen Luxemburg und der Schweiz eingerahmten reinen Frontalangriff zur Durchbrechung der Mosel-Sperre fest und erst 1898 baute er durch das politisch so gefährliche „Umfassungsmanöver“ durch Belgien, die Sprengkapsel der Bindung an den Ueberwachungskrieg in den Körper des deutschen Generalstabes.

Es ist richtig, daß Ende der neunziger Jahre angesichts der fortschreitenden Isolierung Deutschlands und seiner Bedrohung auf beiden Fronten alles nach einer schlagartigen Durchführung des Feldzuges im Westen und — angesichts der Mosel- und Maas-Sperre — nach einer Bewertung belgischen Bodens zu einer vernichtenden Umfassungsoperation aus dem Norden förmlich schrie. Und doch durfte es nicht zu einer Sanktionierung des schlieffen'schen Aufmarschplanes von 1898 durch die politische Spitze des Reiches kommen.

Von den beiden Staaten, deren Gebiet dabei berührt wurde, hatte Luxemburg überhaupt keine Armee und Belgien eine sehr schwache. — Sonstige Bedenken aber wollte General v. Schlieffen — nicht gelten lassen, heißt es im Generalstab-

# Diplomatische Neujahrsempfänge.

Gute Worte — böse Taten.

## In Berlin.

### Der Empfang der fremden Gesandten.

Amlich wird mitgeteilt:

Reichspräsident Ebert empfing am Neujahrstage die Chefs der fremden diplomatischen Vertretungen in Deutschland. Die Glückwünsche des Diplomatischen Korps brachte der Apostolische Nuntius Monsignore Facelli als Vorden mit einer Ansprache zum Ausdruck, der wir Folgendes entnehmen:

„Als ich mich in den verflochtenen Jahren des ehrenvollen Auftrags entledigte, Ihnen die Glückwünsche des Diplomatischen Korps anzubieten, habe ich mich zum Glückselig der tiefen und peinlichen Sorgen der Stunde machen müssen und habe zugleich dem Wünsche Ausdruck gegeben nach einer besseren, nach einer von Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Frieden erfüllten Zukunft, ein Wunsch, der von allen meinen hervorragenden Kollegen im Herzen getragen wurde.“

Ungeachtet der unablässig wieder auftauchenden Schwierigkeiten und Hindernisse scheint es, als ob dieser Wunsch sich zu erfüllen begonnen habe.

Mit neuer Kraft haben die Völker an die Arbeit gehen können, die für die gestillte Welt ruhmvolles Glanz und berechtigten Stolz bedeutet und in der gerade die Nation, deren höchstes Amt Sie, Herr Reichspräsident, ausüben, sich hervorragend auszeichnet.

Von diesen Gedanken erfüllt, entbietet das vereinte Diplomatische Korps Ihrer Person und dem deutschen Volke die wärmsten Wünsche für Gedeihen und Glück.“

Aus der Erwiderung des Reichspräsidenten sind folgende Ausführungen bemerkenswert:

„Es ist mir eine lebhaft Befriedigung, mit Ihnen feststellen zu können, daß im vergangenen Jahre an der Behandlung schwerwiegender, internationaler Fragen in einem Geiste gearbeitet worden ist, der

die Hoffnung auf eine Lösung im Wege der Verständigung und Verständigung neu belebt hat. Auch die Fragen, deren Regelung noch offensteht und deren Lösung der nächsten Zeit vorbehalten ist, sind von schwerwiegender und weittragender Bedeutung für die Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der Welt; es wird der Anstrengung aller Regierungen und aller Völker bedürfen, um auch hier den Geist des Rechts und Friedens den Weg bestimmen zu lassen, auf dem die europäische Ordnung endgültig wiederhergestellt werden soll.“

Hierauf begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. Bei dem Empfang waren der Reichsminister Dr. Stresemann und die Staatssekretäre Dr. von Schubert und Dr. Meißner zugegen.

## Die Reichsregierung bei Ebert.

Im Anschluß an den Empfang des Diplomatischen Korps wurden der Reichskanzler, die Reichsminister und die Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler hielt folgende Ansprache:

„Zum neuen Jahre entbiete ich Ihnen, Herr Reichspräsident, im Namen der Reichsminister, die Sie nach dem Rücktritt des Kabinetts mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut haben, die aufrichtigsten Glückwünsche. Vor Jahresfrist durfte ich hier den Wunsch aussprechen, daß Jahr 1924 möge ein erfolgreiches sein für den Wiederaufstieg unseres Volkes und Reiches. Dieser Wunsch hat sich wenigstens zu einem Teile erfüllt. Unsere Wirtschaft hat, wenn auch unter Ueberwindung schwerer Krisen, wieder festeren Boden gewonnen, die Arbeitslosigkeit hat abgenommen, und die Bevölkerung des besetzten Gebietes, deren Schicksal Sie, Herr Reichspräsident, mit ganz besonderer Anteilnahme verfolgen, hat erfreulicherweise eine Erleichterung

## Die Note über Köln.

Eine zweideutige Erklärung.

SPD. Paris, 1. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Botschafterkonferenz hielt am Mittwoch eine mehrtägige Sitzung ab, in deren Verlauf u. a. die an Deutschland zu richtende Note beraten wurde. Am Schluß der Sitzung wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Die Botschafterkonferenz hat um 4,30 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie hat den alliierten Regierungen den Text der Note, den sie nach ihren Funktionen zwecks Mitteilung an die deutsche Regierung betrifft der Kölner Zone vorbereitet hat, übermittelt. Die Übermittlung an die deutsche Regierung wird durch Vermittlung der alliierten Botschafter in Berlin erfolgen. Die Note wird erst veröffentlicht werden, nachdem die Demarche stattgefunden hat.“

Dieses Kommuniqué läßt es zweifelhaft erscheinen, ob der Text der Note definitiv ist oder ob dazu eine formelle Zustimmung der alliierten Regierungen, denen sie zur Kenntnisnahme übermittelt worden ist, erforderlich ist. Auch die Auffassung der französischen Presse geht in diesem Punkte stark auseinander.

Der Text der Note soll erst veröffentlicht werden, wenn die deutsche Regierung davon offiziell Kenntnis erhalten haben wird. Das wird kaum vor Ende der Woche der Fall sein, da der gemeinsame Schritt der Ententebotschafter in Berlin nicht vor Sonnabend zu erwarten ist. Ueber die Tendenzen der Note enthalten die Donnerstag-Vorgendblätter Informationen, die einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich haben. Danach wird die Nichträumung der Kölner Zone begründet einmal mit der Tatsache, daß die Kontrollkommission noch nicht in der Lage gewesen sei, den Schlußbericht über die Generalinspektion zu erstellen, und andererseits mit dem Hinweis darauf, daß die vorliegenden Halbmonatsberichte der Kommission bereits die Feststellung ermöglicht hätten, daß Deutschland zahlreiche Verstöße gegen die Räumungsbestimmungen des Friedensvertrages begangen habe. Demnach scheint es in der Frage der jüngeren Prozesse zu einem Kompromiß zwischen der französischen und der englischen Delegation gekommen zu sein. Aber auch materiell dürfte sich die Botschafterkonferenz auf eine mittlere Linie geeinigt haben.

Ihre Note spricht nach den übereinstimmenden Mitteilungen der hiesigen Presse unzweifelhaft aus, daß die Regierung der Entente unerschrocken die Forderung der Räumung der Kölner Zone

ihre Lage erfahren. Leider scheinen die Ermächtigungen, die mir nach dem Abschluß der Londoner Verhandlungen hegen durften, zu Beginn des Jahres 1925 zunächst nicht verwirklicht zu werden. Nach den uns vorliegenden Nachrichten müßten wir annehmen, daß die alliierten Mächte den im Verfall der Vertrag für die Räumung der ersten Rheinlandzone vorgesehenen Termin, den 10. Januar 1925, nicht innehalten wollen, und zwar aus Gründen, die wir nicht anerkennen können.

Dieses Unrecht ist für uns eine unerwartete Enttäuschung und schafft zweifellos eine ernste Lage.

Ich kann nur dringend der Hoffnung Ausdruck geben, daß aus dieser Lage noch ein Ausweg gefunden wird. Dies kann aber nur auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung und Verständigung

geschehen. Im kommenden Jahre muß deshalb dieser Weg der friedlichen Verständigung zwischen den Nationen, der in London mit Erfolg beschritten wurde, wieder gefunden werden. Möge aber auch das deutsche Volk, dessen ganze Kraft in den Dienst des Wiederaufbaues gestellt werden muß, sich nicht in unnötigen und vermeidbaren Parteikämpfen entzweien. Dann werden die Schatten, die im Augenblick das Jahr 1925 noch zu verdunkeln scheinen, wieder schwinden, und wir werden dem Ziele näher kommen, für das Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, stets Ihr bestes Können und Wollen eingesetzt haben: Ein einiges und freies deutsches Volk und Reich inmitten eines friedlichen Europas!“

Der Reichspräsident erwiderte die an ihn gerichteten Glückwünsche mit Worten des Dankes und fuhr fort:

„Sie sprachen, Herr Reichskanzler, von der ersten Sorge, mit der das neue Jahr beginnt, von dem wir den Anfang der Befreiung des Rheinlandes erhofften. Alle Deutschen, welcher Parteilichung sie auch angehören mögen, sind hier einig in dem Gefühl bitterer Enttäuschung und dem Bewußtsein eines uns angetanen neuen schmerzlichen Unrechtes. Unter einer Begründung, die wir noch nicht kennen und noch nicht nachprüfen können, von deren Haltlosigkeit wir aber alle überzeugt sind, soll uns dem einzig wirklich entworfenen Volke in einem sonst noch waffenstarrten Europa, das versagt werden, was in dem so unendlich harten Friedensvertrag allein zu unseren Gunsten enthalten ist: die Räumung besetzten deutschen Bodens. Unser aller erster Wunsch am heutigen Neujahrstage ist der, daß der Geist der Gerechtigkeit und der Wille zur Verständigung der Völker obliegen möge über die Idee der Macht und Gewalt, und daß uns und unseren Brüdern an Rhein und Ruhr das werde, worauf wir Anspruch haben:

Recht und Freiheit!“

## In Paris.

Paris, 2. Jan. (Radio.)

Der Präsident der Republik hat am Neujahrstage vormittags die Mitglieder der Regierung mit Ausnahme des erkrankten Ministerpräsidenten, sodann die Präsidenten von Kammer und Senat und nachmittags das diplomatische Korps empfangen. Dabei hielt der päpstliche Nuntius Cerretti eine Ansprache, in der er erklärte, daß es, um die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, zu lindern, nicht genüge, den Frieden zu lieben und ihn herbeizusehen, sondern man müsse auch an ihm arbeiten, und täglich in seinen Diensten stehen. Man müsse in der Welt den Geist der Zusammenarbeit und der Güte pflegen und die gegenseitige Liebe entwickeln. Der Präsident antwortete, daß sich Frankreich diesen Friedenswünschen voll und ganz anschleße. Frankreich sei sich dessen bewußt, im Laufe des vergangenen Jahres ein Beispiel gegeben zu haben, wie man Friedenspolitik treibt. Es habe sich bemüht, die Fragen, die seine Lebensinteressen berührten, in einem Geist der Verständigung und der Gerechtigkeit zu lösen.

## Australien lehnt das Genfer Protokoll ab.

SPD. London, 31. Dezember. (Eig. Drahtber.)

Meldungen aus Melbourne besagen, daß die australische Regierung beschlossen hat, die Ratifizierung des Genfer Friedensprotokolls glatt abzulehnen. Dieser Beschluß wurde auf Grund einer telegraphischen Forderung der englischen Regierung gefaßt, in der sämtliche Dominien um ihre Meinung über die Ratifikation des Genfer Protokolls befragt werden.

## Politische Notizen.

Wien, 27. Dezember. Das sächsische Justizministerium hat aus Anlaß des Weihnachtstages eine Amnestie erlassen, durch die 182 Strafgefangene, darunter auch eine größere Zahl politischer Gefangener, in Freiheit gesetzt wurden.

Wien, den 2. Januar (Radio). Am Mittwoch wurde der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ivan Rag in Wien verhaftet, als er auf der Poststelle mit einem falschen Postamtstag, der sich längere Zeit in Wien aufhielt, wurde dem Wiener Landgericht vorgeführt.

wert (S. 8). Diese mangelnden „sonstigen Bedenken“ über den Neutralitätsbruch gegenüber Belgien haben uns die Armeen der halben Welt auf den Hals gehetzt und damit letzten Endes den Zusammenbruch!

Hier liegt der Keim zum Weltkrieg, die tragische Kriegsschuld des deutschen Generalstabes. Das kleinste Mädchen in dem großen Aufmarschmechanismus war eingestellt auf das eine Ziel: über Lüttich hinweg nach Belgien. Seine Wege mußte man Frankreich zu entweichenden Bedingungen, zur Herausgabe seiner Grenzstellungen Verdun und Toul zwingen, seine Wege mußte das Odium der Kriegserklärungen von Deutschland auf sich genommen werden. Selbst der Kaiser war machtlos, als er am Abend des 1. August 1914 von seinem Generalstabschef aus politischen Gründen den Aufmarsch verlangte. Das Generalstabschef berichtete hierüber (S. 35 der Einleitung):

„Der Kaiser und der Kanzler waren gewillt, auf die Möglichkeit sich zu beschränken, den Krieg auf den Osten zu beschränken, falls nur Deutschland Frankreich nicht angreife, auf diese Möglichkeit einzugehen. Der Generalstabschef sollte dementsprechend das Heer gegen Rußland statt gegen Frankreich aufmarschieren lassen. — Entschlossen, wenn auch schweren Herzens, meldete Generaloberst v. Moltke dem Kaiser, daß eine Veränderung im Aufmarsch zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr ausführbar sei. Wollte man ein Chaos vermeiden, so müsse zunächst der Aufmarsch gegen Westen abrollen.“

Und das war der Krieg. So ist die Kriegsschuld des deutschen Generalstabes verstrickt in die große Schuld der Generalstabschefs und Kriegstreiber in allen Ländern, in das Schicksal der verlassenen und offenen Mobilisierungen in einer Atmosphäre voll Mißtrauen und Haß. Der deutsche Aufmarschplan aber trug in sich eine der zwingendsten Triebkräfte zum Krieg, die wirken mußte durch ihre würgende Kraft.

Im übrigen ist der durch den jüngeren Moltke „verworfene“ und in seiner operativen Grundidee „verbohrte“ Aufmarschplan von 1913 der Anstoß zum Verlust der „Grenzschlacht“ und der „Marneschlacht“ 1914 geworden. Moltke übernahm der „Schlieffenplan“ ohne den Glauben an seine zauberhafte Kraft, ohne den festen Willen, durch die große Schwertwunde zu siegen. Er sah in Koblenz in seinem Hauptquartier und hier wie schäuferte auf die französische Angriffsschlacht im Süden, bereit, seinen umfassenden Nordflügel zurückzuziehen, wenn Marneschlacht es diktierte. So wurde die „Grenzschlacht im Westen“ nicht der erträumte Sieg, trotzdem die Truppe den Feind geworfen hatte an allen Punkten der Front — weil der deutsche Heerführer den ursprünglichen Plan des Vormarsches nach dem Westen hatte fallen lassen, den Plan, der ein Zurückgehen im Süden und im Zentrum verlangte zugunsten des Entscheidungslügels im Norden.

Und so schreibt das Generalstabswerk resigniert über den Bankrott der deutschen Heeresleitung in den Augustschlachten des Westens:

„Den deutschen Waffen hatte sich eine seltene Gelegenheit zu einem Vernichtungsschlag geboten, eine Gelegenheit, wie sie in solcher Quantität vielleicht im Lauf des ganzen Krieges nie wiedergekehrt ist. Der Feldzug im Westen konnte mit einem großen Schläge entschieden werden. Dieser höchste Erfolg, der von schicksalhaftester Bedeutung war, sollte trotz der über alles Lob erhabenen Truppe in den Grenzschlachten dem deutschen Heer verweigert bleiben.“

Die Schlachtfront zwischen der Schweiz und Brüssel gruppierte sich in drei Untergruppen, das Schlachtfeld im Süden, auf dem die 6. und 7. deutsche Armee mit der 1. und 2. französischen Armee, das Schlachtfeld der Mitte, auf dem die 4. und 5. deutsche Armee mit der 2. und 4. französischen Armee, das Schlachtfeld im Norden, auf dem die 1., 2. und 3. deutsche Armee mit der 3. französischen Armee und dem englischen Expeditionskorps im Kampf stand.

Das Generalstabswerk führt nun den Haren und eindeutigen Beweis, daß die französische Heeresleitung durch ihren Angriffsbefehl an ihre Armeen am Schlachtfeld der Mitte und im Süden dem deutschen Heerführer einen „Liebesdienst“ erwiesen hatte in einer Form, wie sie sich Graf Schlieffen, der geistige Vater der Vornachoperation, nicht zu erträumen wagte. Hätte eine deutsche Heeresleitung mit operativem Augenmaß, mit Energie und Willenskraft das Schicksal des deutschen Vormarsches im Westen gemeinhin, so hätte sie die französische Südgruppe tief an Luzernberg heran vorzuziehen lassen und hätte dann mit zusammengehaltener Kraft, unter Umfassung über die Maas und die Sambre, den französisch-englischen Nordflügel zerhimmelt und durch Vorwühlern hinter Heereskavallerie über St. Quentin nach Süden die große Vernichtungsschlacht um Verdun und Toul eingeleitet.

So aber weigerte sich im Süden der bairische Kronprinz, tief nach rückwärts auszuweichen, wie es der Gesamtoperation entsprach, und schlug zwei Tage vor der großen „Grenzschlacht im Westen“ seine eigene Schlacht — so hatte man dem deutschen Kronprinzen im Zentrum überhaupt keine operativen Anweisungen gegeben, und er warf die französischen Stoßarmeen gegen die Maas zurück, anstatt sie nach Luxemburg mit sich zu ziehen, so aber ließ der General v. Bülow im Norden, ohne jede nähere Anweisung des Generalstabes, der sich schonte, auf den belgischen Entscheidungslügeln vorzugehen, um der geheiligten Person des Kaisers willen, seine eigene Schlacht. Bülow aber verfiel dort oben vollkommen; er prägte seine Nachbararmeen nicht an sich heran, anstatt sie über Jumay und Cambrai in die Hände des Gegners zu werfen.

Wir sollten das weine Sedan, das uns das neue Generalstabswerk schonen läßt, nicht erleben; denn es hätte ganzer Männer und aus Eifer gegonnener Führer bedurft — eines Schlieffen, der Süddeutschland bis zur Elbe und bis zum Main den Franzosen geben wollte, um sie dann um so vernichtender zu schlagen. Wir hätten nicht den Mut, uns „abzusehen vom Feind, in der Art der indischen Korporate, die glauben, den „Offensivgeist“ — mit Schwärzeln nähren zu müssen und verzweifeln vor der „Deroute“ — wir hätten eine Heeresleitung, die vor dem Kronprinzen kapitulieren — wir hätten eine „Jägergarantie“ an der Spitze des Heeres, über deren Stimmerei uns das Blut aufwalle im Gedanken an die „eiserne Zeit“.

Zusatz? — Nein, das war System! Das System eines Kaisers, der sich einen als unerschütterlich weit und breit in der Armeebefehlshaber General zum Stabschef machte, weil er zu diesem Zweck und einen eigenen Namen hatte. Und als der durch die Erkennung überzeigte General einen beiseitegesetzten Einmarsch wagte, da bligte ihn der Imperator an: „Das bisherige Friedensenschiebung machen Sie schon — und im Krieg, da haben Sie mich zur Seite.“

Wir haben es gesehen und wir haben es gehört. Das neue Generalstabswerk über läßt uns aus den Akten des Reichsarchivs — es wir schon wagt — mit der einseitigen Erzählung der Kriegsgeschichte: Die Blattpfeile des deutschen Soldaten waren unlosbar gedrückt; denn unerschütterlich und doch tödlich tödlich in jedem Augenblick — der Dolchstoß der Führung.

# Voraussetzung und Umfang der öffentlichen Fürsorge.

Von Bürgermeister Friedr. Klees.

Die Verordnung über die Fürsorgepflicht ist ein „Maßnahmengesetz“ ersten Ranges. Es stellt nur ein sehr dürftiges Gerüst für die Pflichten der Fürsorgeverbände auf und überläßt alle näheren Einzelheiten der Regelung durch den Verordnunggeber. Das gilt vor allem für den „Umfang der Fürsorge“, der mit zwei Säulen abgetan ist: „S. 6. Voraussetzung, Art und Maß der zu gewährenden Fürsorge bestimmt im Rahmen der rechtsrechtlichen Vorschriften das Land. Mit Zustimmung des Reichsrates kann die Reichsregierung Grundzüge hierüber aufstellen.“ Solche Grundzüge erschienen zuerst am 27. März 1924. Sie sollten ihrer Mangelhaftigkeit wegen nur vorläufig sein und nur bis zum 1. Juni 1924 gelten. Ihre Gültigkeit ist jedoch von Monat zu Monat verlängert worden, bis jetzt im Dezember die endgültigen „Rechtsgrundzüge über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge“ erschienen sind. Die einzelnen Länder haben sich inzwischen des Erlasses näherer Vorschriften enthalten. Der preussische Wohlfahrtsminister beschränkte sich nur auf die Festlegung eines „Tarifs“, dessen Ansätze einen doppelten Zweck verfolgten. Sie galten als Mindestunterstützungssätze im Falle genügender Hilfsbedürftigkeit und als Höchstätze für die Ersatzleistungsforderungen der Fürsorgeverbände untereinander.

Um die neuen, am 1. Januar 1925 in Kraft tretenden Rechtsgrundzüge in der den beteiligten Kreisen lange Zeit schwer empfunden wurden. Da waren vor allem die Städteverbände, die an solchen Freiheiten haben wollten, weil sonst die „Selbstverwaltung“ der Gemeinden beeinträchtigt würde. Das stand im Widerspruch mit den Interessen der Hilfsbedürftigen, deren Organismen recht genaue Festlegung bestimmter Unterstufungen verlangten. Andererseits verlangten wieder die bezugsnehmenden Gemeindevorstände die Einhaltung der öffentlichen Fürsorge und deren Eintritt als letztes Hilfsmittel, einige Interessentengruppen dagegen die Ausschaltung von Vorzusstellungen der von ihnen vertretenen Hilfsbedürftigen oder gar Einführung eines besonderen Begriffes der Bedürftigkeit für diese. So verlangte z. B. der „Rentnerbund“ die Fürsorge überwiegend aus dem Gesichtswinkel einer Entschädigung für die Inflationsverluste der Rentner. Wie bei einer derartigen Sachlage nicht anders zu erwarten, kam ein Kompromiß zustande, das möglichst allen Seiten Rechnung tragen will. Das geht natürlich nicht, namentlich nicht auf einem Gebiete wie diesem. So ist es im Hinblick auf die sozialpolitische Auffassung der hier maßgebenden Stellen der Reichsregierung kein Wunder, daß die „Rechtsgrundzüge“ sich recht bedenklich den Anschauungen der Reichsparteien nähern. Soll auch nicht verkant werden, daß in einigen Einzelheiten die Grundzüge Verbesserungen für die ehemaligen Armenunterstützungsempfänger bringen, so lassen doch die Schattenseiten der Verordnung eine rechte Betriedigung darüber nicht auskommen.

Mit den Vorschriften im ersten Abschnitt der Grundzüge „Fürsorge im allgemeinen“ kann man sich abfinden. Hier muß die Fürsorge rechtzeitig einsetzen. Sie ist nicht von einem Antrag abhängig. Sie muß der Notlage nachhaltig entgegenwirken und zu verhüten suchen, daß vorübergehende Not zu dauernder wird. Die Fürsorge kann auch vorbeugend eingreifen, besonders um Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Hilfsbedürftig ist, wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, besonders von Angehörigen, erhält. Die Fürsorge hat den „notwendigen“ Lebensbedarf zu gewähren. Dazu gehört Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Krankenhilfe, Pflege, Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, Schwangeren- und Wöchnerinnenhilfe, Erziehung Minderjähriger, Erwerbsbefähigung Minderjähriger, Blinden-, Taubstummer- und Krüppel- und nötigenfalls die Vererdigung. Ob dem Hilfsbedürftigen eine Arbeit billigerweise zugemutet werden kann, richtet sich nach näheren Einzelheiten. Frauen soll Erwerbsarbeit nicht zugemutet werden, wenn dadurch die geordnete Erziehung der Kinder oder die Führung des Haushalts usw. gefährdet würde. Zu den eigenen Mitteln, die der Hilfsbedürftige einsetzen muß, ehe ihm die Fürsorge Hilfe gewährt, ist sein gesamtes verwertbares Vermögen und Einkommen zu rechnen. Kleine Vermögen sollen geschont werden, wenn dadurch die Not vermindert oder dauernd würde. In solchen Fällen kann aber die Hilfe ausdrücklich davon abhängig gemacht werden, daß die angewendeten Kosten zurückgezahlt sind.

Dann kommen die „Besonderen Bestimmungen“. Obenan steht folgende bedeutende Satz: „Bei allen oder erwerbsunfähigen Personen, die infolge eigener oder fremder Vorsehung ohne die eingetretene Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären (Rentner), ist bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, der Art und des Umfangs der Hilfe

auf ihre früheren Lebensverhältnisse Rücksicht zu nehmen, dabei aber auch die allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zu beachten.“ Das ist eine Benennung eines bestimmten Bevölkerungsgruppe, die mit Sozialpolitik nichts mehr zu tun hat, sondern als Klassenpolitik bezeichnet werden muß. Der besondere Begriff der Hilfsbedürftigkeit für die Rentner sieht so aus: „Als erwerbsunfähig ist ein Rentner dann anzusehen, wenn er infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht nur vorübergehend außerstande ist, sich durch Arbeit einen wesentlichen Teil seines Lebensbedarfs zu beschaffen“. Die Fürsorge soll bei Rentnern besonders nicht abhängig gemacht werden vom Verbrauch oder der Verwertung kleiner Vermögen, kleiner Hausgrundstücke, Familien- und Erbteile, Gegenständen zur Befriedigung geistiger, wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedürfnisse. Es ist sicher hart, wenn mancher kleine Mann, der ein Leben lang hart gearbeitet und geachtet hat, um sich für das Alter einen Notvorsatz zurückzulegen, um den Erfolg seines Lebens durch die Inflation betrogen worden ist. Erstens wird dieser kleine Mann durch obige Bestimmungen kaum begünstigt werden, und zweitens sollte man hier durch eine vernünftige Aufwertung helfen.

Ein weiterer besonderer Abschnitt behandelt die Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Es handelt sich hier um die soziale oder ergänzende Fürsorge, die außer den Grund- und Zulagenrenten gewährt wird und zwar für besondere Notfälle. Diese soziale Fürsorge gewährt ihre Hilfe in der Regel nur, wenn die Notlage mit der Dienstbeschädigung oder dem Verlust des Ernährers zusammenhängt. Das wird angenommen, soweit nicht das Gegenteil offenkundig oder nachgewiesen wird. Bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und des Umfangs der Hilfe ist entgegenkommend zu verfahren. Dabei ist besonders auch der Aufwand für Erziehung und Erwerbsbefähigung von Kindern zu berücksichtigen. Die soziale Fürsorge hat zum Ziele, den Beschädigten und Hinterbliebenen wieder erwerbsfähig zu machen und ihn dem Wirtschaftsleben zu erhalten, der Witwe die Fortführung ihres Hausstandes und die Erziehung ihrer Kinder tunlichst aus eigenen Kräften zu ermöglichen. Im allgemeinen wohlwollender gestaltet ist als bisher. Die neue Fürsorgepflichtverordnung hat die einschlägigen Kosten, die erst der Staat trug, jetzt den Gemeinden auferlegt.

Sehr knapp weggegangen in den Rechtsgrundzügen ist die Fürsorge für die Sozialrentner und für nichtversicherte minderjährige Schwangere und Wöchnerinnen. Hinsichtlich der ersteren heißt es nur kurz: „In entsprechender Weise wie die Rentner sind alte oder invalide oder berufsunfähig gewordene Rentner der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung zu betreten.“ Und die Wöchnerinnenfürsorge ist in einem einzigen Paragraphen abgetan: Schwangeren und Wöchnerinnen sind je nach Art und Grad der Bedürftigkeit die Leistungen sicherzustellen, welche die Reichsversicherungsordnung den Familienangehörigen der Versicherten gewährt. Vor allem fehlt hier als Anhaltspunkt für den Eintritt der Fürsorge die frühere Mindesteinkommensgrenze.

Vom Standpunkt eines Sozialdemokraten ist die baldige Umgestaltung der Rechtsgrundzüge im Sinne einer Gleichmäßigkeit der Fürsorge zu fordern. Die ehemalige Armenfürsorge darf nicht nur dem Namen nach, sondern muß auch als eine besondere Einrichtung verschwinden. Wo die Not am größten, muß auch die Hilfe am nächsten und größten sein.

## Ein internationaler Film-Konzern unter Stinnescher Führung.

In das bunte Durcheinander des Industrie- und Handelswesens der Familie Stinnes kommt allmählich Ordnung. Mehr und mehr macht sich in diesem Konzern das Bestreben geltend, den zum großen Teil unorganisch gewachsenen Besitz produktions- und vertriebsmäßig zu gliedern und durch besondere Zentral- und Dachgesellschaften zusammenzufassen. Wer da glaubte, daß die in der Inflation erfolgten wahllosen Angleichungen und Ramschkäufe in Zeiten stabiler Wirtschaft und Währungsverhältnisse, sei es aus finanziellen oder produktions- und vertriebsmäßigen Gründen, nicht samt und sonders zu halten seien, mußte sich eines Besseren belehren lassen. Der Stinnes-Konzern hat seinen Bestzustand in der Zeit der Deflationen nicht nur gehalten, sondern zahlreiche Unternehmungen der verschiedensten Branchen neu dazu erworben. Allein im letzten Halbjahr zählten wir etwa 35 Unternehmungen, die durch Besitz oder Beteiligung unter die Botmäßigkeit des Stinnes-Konzerns gekommen sind. Es ist dies eine Rekordleistung, die klar zum Ausdruck bringt, daß für die Familie Stinnes die Worte „Kapital- und Kreditnot“ fremde Begriffe darstellen.

Unter den Neuerwerbungen des Stinnes-Konzerns möchten wir im besonderen die Koglerwerke und die Chemische Fabrik Hoco in Düsseldorf, die Firmen Rasquin und Japonica in Köln,

sowie die Farbwerke Hupp-W. G. in Zülfendorf hervorheben, wofür diese Unternehmungen als Produktionsgesellschaften an allen Wertscheinlichkeiten nach mit einem neuen, in Bildung begriffenen Konzern der chemischen Industrie und der Film-Industrie irgendwie produktions- und vertriebsmäßig in Verbindung zu bringen sind.

Nachdem man dem Rahmen des Stinnesischen Familienkonzerns besondere Unternehmungen des Handels, der Schifffahrt sowie der Holz-, Buch- und Zellstoff-Industrie klar hervorgehoben sind, nimmt neuerdings ein Film-Konzern feste Formen an. Schon vor einiger Zeit trat der Stinnes-Konzern, nachdem er sich an verschiedenen Film-Unternehmungen beteiligt hatte, in Beziehungen zu der Berliner Filmgruppe Wengertow. Aus dieser Verbindung ging die West-Film-G. m. b. H. hervor, die in der Folge mit der Deulig-Gruppe zusammenarbeitete und vornehmlich internationale Verbindungen aufnahm. So hat die „West“ in letzter Zeit in Kopenhagen mit der „Palladium“ eine enge Interessengemeinschaft geschlossen mit der Bestimmung, daß die bekannte „Palladium“-Produktion in Zukunft die „West“ übernimmt. Ferner wurde mit der Wiener Vita-Film-W. G., die über die besten österreichischen Fabrikationsanlagen verfügt und ein gut organisiertes Betriebsnetz auf dem Weltmarkt besitzt, zwecks Angleichung dieses Unternehmens an den Stinnes-Konzern verhandelt.

Noch ist diese Transaktion nicht abgewickelt, da wird die Öffentlichkeit schon wieder mit einer neuen Meldung überrascht. Der Stinnes-Konzern ist mit dem französischen Film-Konzern „Pathe Freres“ eine Interessengemeinschaft eingegangen, die zur Gründung einer gemeinsamen Dachgesellschaft, der „Pathe-Deulig“, führt. Durch diese Gesellschaft kommt Stinnes in enge Beziehung zu bedeutenden Produktionsgesellschaften der französischen Film-Industrie, wie zu der Societe Anonyme Cine-Romans und zu der Societe Anonyme Cine-France-Film. Die beiden Gesellschaften sind an der Gründung der Pathe-Deulig beteiligt, und insbesondere dürfte der Cine-France als dem größten Produktionsunternehmen des neuen Konzerns, Bedeutung zukommen. (Hier sei bemerkt, daß zwischen einem anderen deutschen Film-Unternehmen, der „Ufa“, und dem französischen Aubert-Konzern ebenfalls eine Vertragsgemeinschaft zustande gekommen ist.) Die Stinnes-Deulig-Pathe-Gruppe verfügt, wenn die geplante Transaktion zum Abschluß kommt, über fabrikatorische Stützpunkte in Deutschland, Frankreich, England, Dänemark und Skandinavien, sowie über ein Netz von Vertriebsgesellschaften, das sich auch auf außereuropäische und überseeische Länder erstreckt. Auf fabrikatorischem Gebiet wäre zumindest die planmäßige Durchdringung Europas abgeschlossen und die

Fallache einer internationalen Filmsyndizierung mit überwiegendem deutschen Einfluß gegeben.

## 25 Jahre W. G. B.

Am ersten Januar sind fünfundsiebzig Jahre verflossen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch, das große einheitliche Werk bürgerlichen Rechts des Deutschen Reiches, in Kraft getreten ist. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis dieses Werk die politische Eingangs des Reiches auf dem Gebiete des Rechts gefunden hat. Der erste Antrag, ein gemeinsames, bürgerliches Gesetzbuch zu schaffen, geht sogar auf das Jahr 1807 zurück, also auf die Zeit, da Norden und Süden politisch noch nicht geeint waren. Aber erst nach der Schaffung des Reiches, im Jahre 1871, wurde ein Ausschuss von fünf Juristen mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein einheitliches, bürgerliches Recht beauftragt. Auf Grund der Vorschläge dieses fünfköpfigen Ausschusses wurde noch im selben Jahre durch Bundesratsbeschluss eine Kommission von elf Mitgliedern eingesetzt. Sie hatte den Auftrag, einen Gesetzentwurf zu schaffen. Es dauerte vierzehn Jahre, bis im Jahre 1888 der erste Entwurf veröffentlicht wurde. Zwei Jahre später, im September 1890, wurde eine neue erweiterte Kommission von zweiundzwanzig Mitgliedern ernannt, in der auch die Vertreter von Handel und Industrie Sitz und Stimme hatten. Es dauerte wiederum fünf Jahre, ehe der Gesetzentwurf, wie ihn diese Kommission ausgearbeitet hatte, zusammen mit einem Einrichtungs-gesetz, im Januar 1896 dem Reichstag zuging. Hier wanderte der Entwurf wiederum an eine Kommission von einundzwanzig Mitgliedern. Aber jetzt schritt das gewaltige zivilrechtliche Gesetzgebungswerk rasch seiner Vollendung entgegen. Bereits vom dritten bis sechsten Februar konnte die erste Lesung im Reichstage durchgeführt werden, die letzte Lesung schon am dreißigsten Juni desselben Jahres, und am vierzehnten Juli 1896 wurde das vom Reichstag verabschiedete Gesetz vom Bundesrat genehmigt mit der Bestimmung, daß es am ersten Januar 1900 in Kraft trat.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Salmth. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer. Für Inzerate: Carl Lutzhardt. Verleger: Carl Lutzhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Die Steinfeldbauern

Roman von Valentin Traudi

47. Fortsetzung.

Wenn er nicht bloß der Lorenz vom Felschhof, wenn er der Herr, der Mitbesitzer wäre, dann würde man nicht über ihn lachen! Wollte er jetzt etwas anordnen, dann konnte er es nur im Namen der Witwe Krotz, was also nur der Verdränger, der gehorsame Knecht. Paßte die Neuerung den Arbeitern nicht, war nur ein Anlaß gegeben, daß der Schiekmeister, in ihrem Namen auf den Felschhof gehen und mit der Frau verhandeln konnte. Medinas half das nie; aber der fremde Schöntner hatte doch bei der Witwe sitzen können.

Herrn haben allein Macht und Recht! Je tiefer man in das Jahr kam, desto größer wurde seine Arbeitslast und um so weniger war Lorenz dabei, und um so heftiger wurde sein Verlangen, in der Nähe der Frau zu sein. Das rüttelte, wühlte und jette an allen seinen Nerven. Der Fremde wird sie noch sicher an sich reißern. Das soll er nicht und darf er nicht. Eher findet man ihn irgendwo am Wege.

Längst war die Abendglocke verklungen und der Mond über den Wald gestiegen, dessen bewegliche Spitzen wie tausend Finger nach den Silberwolken haften, die von der Wand her kamen. Eine Wachtel rief im Feld.

Lorenz kam vom Bruch mit den Pferdebauern, von denen man ihm erzählt hatte, sie ritten nach Feiertabend immer erst einmal unten am Waldbrand um die Weite, ehe sie heimtäten. Heute hatte er ihnen das Handwerk gelegt.

Von weitem schon hörte er das Spiel des Schiekmeisters. Und was war das? Sah nicht jemand neben ihm auf der Treppe? Jetzt erhob es sich wie ein Schatten und verschwand in der Haustür.

Das Herz krampfte sich ihm zusammen, und er beschleunigte seine Schritte. Gewiß hatte die Felschhofin den ganzen Abend schon bei dem Italiener gesessen. Nur hatte sie das Gelatp der Pferde gehört und war aufgestört worden. Er sagte den Jungen kein Wort mehr und ließ sie bald hinter sich. Ohne einen „Guten Abend“ gewann er die Treppe und rief mit großer Stimme die Studentin an: „Et-jo haltig, Lorenz?“ Wie müßig die war.

Da begann auch er sich einen Augenblick und warf ihr nur einen schrägen Blick zu.

Über draußen die wackeren Veder!

„Alf Abend spielt er unser Rengel in 'n Schlaf.“ Das klang ihm nun doch wie eine äble Ausrede. Und es stieg wieder würgend in ihm hoch.

„Einmal is 's sowieso aus. Lieber heut als morgen!“ Sie verstand ihn nicht. Der Sinn seiner Worte war ihr unklar, wenn sie auch dem Tonfall, in dem sie gesprochen wurden, anmerkte, daß sie etwas von Gewicht sagen wollten.

„Ja, no, Lorenz?“ „Was denn, ja no?“

„Und immer noch hatte die Stimme den Nachdruck, der verriet, daß er etwas zu sagen hatte, das von großer Bedeutung war. Sonst war er. fittig er auch noch so hart an, schon bei der zweiten Frage oder Antwort milder geworden. Diesmal nicht. Und doch war auch jetzt ein leichtes Schweden in dem Klang wie von Bangigkeit und Fehlen. Raum merklich, fern, fern, ganz fern. Dabei standen seine Augen groß in dem schätzigen Gesicht und nahmen einen Glanz an, der alles verriet, was ihn bewegte, Schmerz und Sehnsucht, Stärke und Weisheit. Mit mehrmütiger und doch fast zorniger Schen erhob er wieder seine Stimme und rekte dabei seine Hand aus.

„Was s'ist Ihr, die Felschhofin, bei dem Schiekmeister auf der Trepp? — Das paßt sich net. — O, Ihr wißt's recht gut. — Ha, Ihr seid aufgelpungen, als ich mit den Gäl kam.“ Sie sah ihn von der Seite an.

„Wann 'd wüßt, Lorenz, was in mir is, was gewachse is von des Herbsttag ab durch den Winter bis jetzt, dann könnt 'i b' niks Schleiches von mer denke. Jo, ich hab bei 'm gesehe; ich hör's gern, wann 'r spielt.“

„Un was 'r schwätzt!“ „Das hör ich net. Noch nie hat 'n Spaß mit em Zugvogel 's flame er Nest gebaut.“

Tiefer Ernst sprach auch aus ihr. Einen Schritt ging er auf sie zu. „Felschhofin, wann 't 'n Schiekmeister freie wollt, dann brauch' he mich net mehr, dann geh ich.“

„Hatic er denn gar nicht auf sie gehört? Sie hatte ihm doch eben den Widersinn seines Gedankens klargelegt. Sie den Schiekmeister!“

„So alt wär ich am End ja noch net.“ Sie sah ihn schelmisch an; denn das Jittern, das nun in seiner Stimme lag, verriet ihr genug. Ihr schmeibarer Gleichmut aber raubte ihm alle Befinnung.

„Das derst 'r net! Das leid ich net! Eher — „No, no, Lorenz!“ „Wann ich nur was hätte“

„No dann?“ „Jo dann!“

„Und wer hat mer was 's spreche? Jo sein die Felschhofin!“ Nun stand sie vor ihm, wie er sie noch nicht gesehen hatte, hoch gerade, von Glut überglöhend, in gewaltig ziehenden Kraft.

„Was soll 's nu, Lorenz? Was willst 'd eigentlich? — Jo weißt noch von niks, was das alles bedeute soll.“

Der Mond kam gerade über das Dach der Scheune und schickte sein erstes Licht in die Stube.

„Jo will mich immer und allewege. Und weil ich mich will, will ich dich, Felschhofin, Marie. Du mußt mich fühle lasse daß ich sei. Das hab ich mer bedacht, un davor hab ich geschafft hie obe. 'd mußt mich fühle lasse, daß ich vor dich sei.“

Er rief sie an sich und drückte sie so fest, daß ihr fast der Atem verging.

„D' brüht mich tot!“ „Jah, müßt ich's vor Luft und abgefallener Angst. Net, b' bist mei?“

Es durchschauerte sie. So sollte es sein. Das war endlich die Erfüllung monatelang gehegter Wünsche. „Erst war's niks, Marie. Jo ging der ans 'n Weg. Gott, 'n Knecht als Herr vom Felschhof! Das wär ei Sünd, dacht ich. Aber jetzt weiß ich schon lang, daß ich ket Knecht 's sei brauch.“

„Schön lang?“ „Wann hast 'd dann so lang gewarnt, Lorenz? — Ja, de hast 'n Wille, ei Kraft in 'd! — Das hab ich gleich am erste Tag gewußt, als 'd bei uns kamst. So was fühlst mer; aber mer macht sich dann niks mehr draus. Jo war ja dem Felschhof. Un 'n Wille uf Weibselnt hatt'st 'd net gehabt.“

Un dann doch vom Winter ab hast 'd mich uf's Brett gepannt, Lorenz, un geplagt. Haha, da wußt ich, was in der war. Un gelauert hab ich manch Nacht, ob's net a' Flopp an 'd. „Lorenz!“

„Und ihre Glut umzingelte ihn heißer und heißer.“ „So fest wie ich dich jetzt hab, Marie, so hatt' ich dich von mer Höhe könne-früher. Als ich merkt, daß aus d'r was kam, was mich zog, mich auf die Erd drückte wollt, da wurd ich fruchtig und stark un halt alles 's flame, was in mer war. Un dabei hatt' 'd doch schon so den Gedanke, wann's dann sei mag, dann wüßst 'd 'r aber auch was sei, un wann's nur mit 'm Kopp is. Un ich denk, der Maurer hat's gemerkt.“

„Das war alles unnötig, Lorenz. Dich, dich, dich.“

„Un der Schiekmeister?“

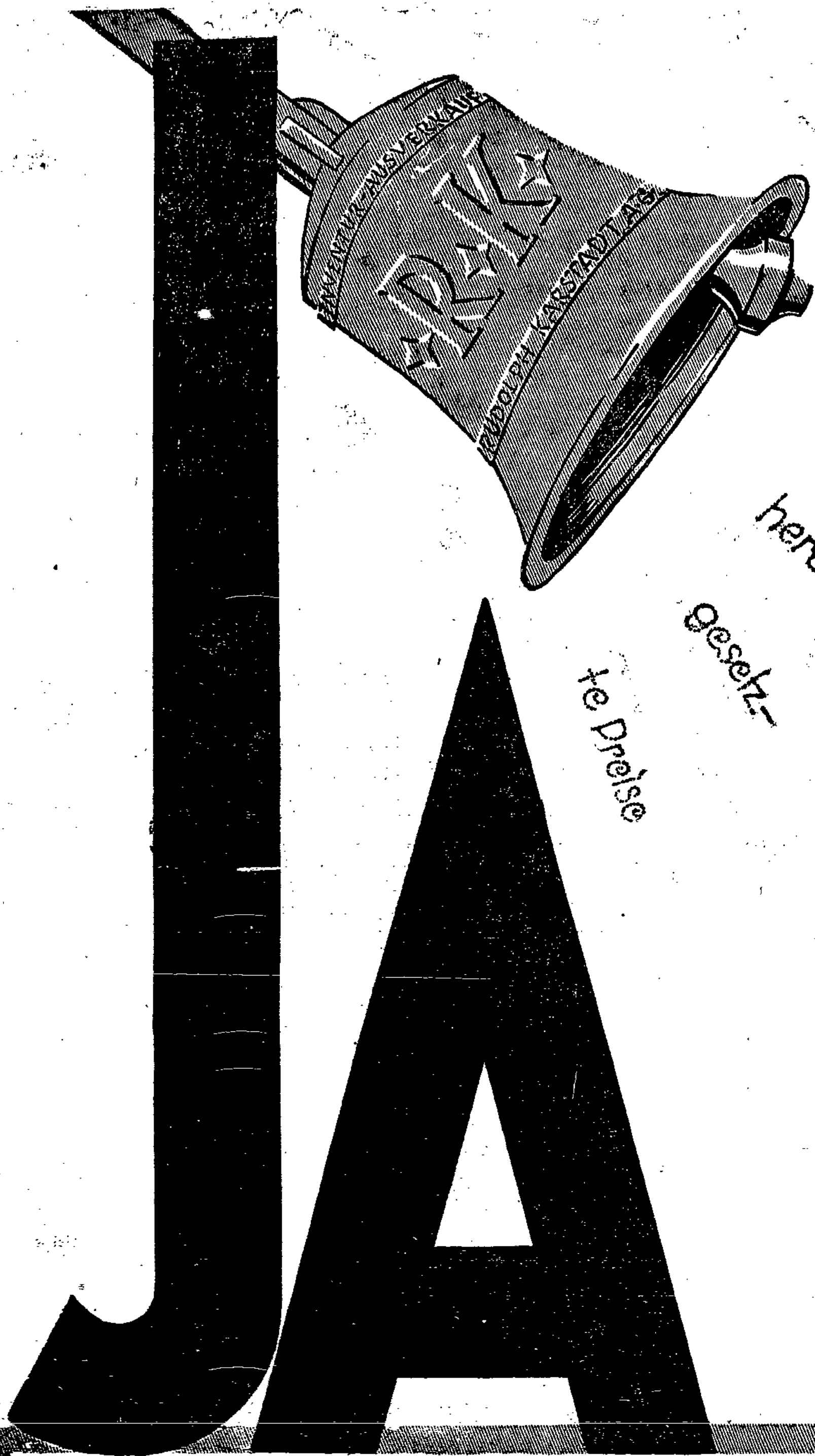
„Das ging ihm nach durch den Kopf?“

„Dummes Zeug!“

„Willelslent, Mariel!“

„Aus seinem Drude fühlte sie, was er damit meinte.“

„Ja!“



rück-

sichts-

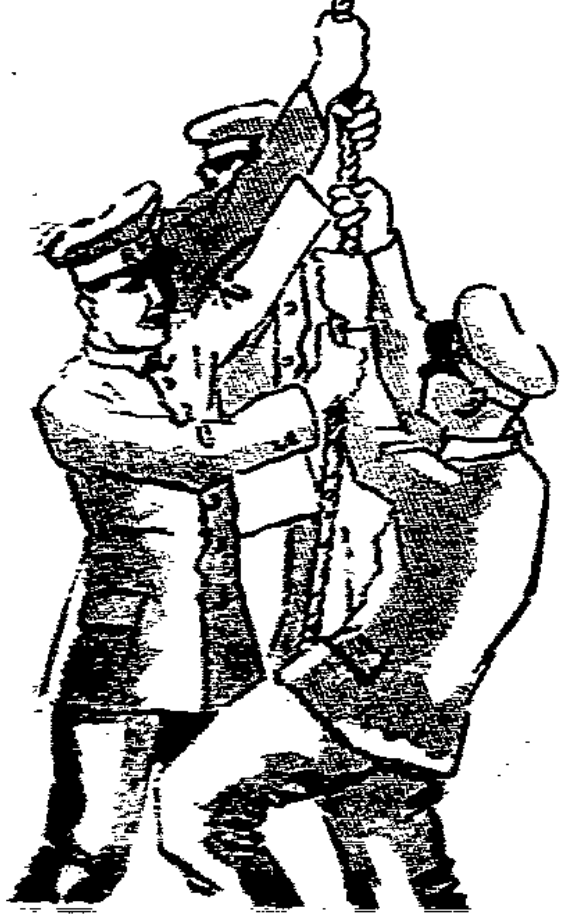
los

herab-

gesetz-

te Preise

Unser **JA** im neuen Jahr  
erfüllt all' Ihre Wünsche.  
**„JA“ Inventur-Ausverkauf**  
Beginn Montag 5. Januar.  
Hausfrauen bereitet Euch vor.  
**KARSTADT**



Laass-

## Freistaat Lübeck.

Freitag, 2. Januar.

### Asmus Bed's letzte Fahrt.

Am Silvestertage in der Mittagszeit ist unser alter treuer Parteigenosse auf dem Bornholmer Friedhofe der Erde übergeben worden. Eine zahlreiche Trauergesellschaft erwies ihm die letzte Ehre. Die Sozialdemokratische Partei, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Holzarbeiter-Verband und andere Vereine waren mit Fahnen vertreten. Außerdem waren die Baubehörde und die Strafanstalt Lauerhof, deren Mitglied der Verstorbene gewesen ist, durch eine Anzahl Mitglieder und die Vorsitzenden vertreten. Ferner nahmen auch einige Mitglieder des Senates und alle Staatsräte an der Ehrung teil.

Die Kapelle war überfüllt. Nach Harmoniumklängen sang Fr. Schmidt mit ihrer wohlklingenden Stimme das bekannte Lied „Still ruht ein Herz“. Die zahlreichen Fahnen- und Bannerträger nahmen am Sarge Aufstellung. Dann hielt Genosse William Bromme die Gedächtnisrede. Er hob hervor, daß die große Teilnahme Zeugnis ablege, welche beliebter hochgeachteter Freund und Mitkämpfer in Asmus Bed von dem unerlöschlichen Lode hinweggerafft worden ist.

Asmus Bed war einer von unserer alten Garde. Einer von den Vorkämpfern, die um die Sache des Sozialismus noch leiden und dulden mußten. Asmus Bed war einer von denen, die vor keiner Schwierigkeit zurückschreckten, denen kein Weg zu weit und keine Arbeit zu schwer war. Auch er ist in den Stielen gestorben. In allen drei Kampfgruppen der Arbeiterklasse, in der politischen Partei, in der Gewerkschaft und in der Genossenschaft stand Asmus Bed als Wegbereiter mit an der Spitze.

Unter Harmoniumklängen geleitete dann der Trauerkondukt die letzte Hülle Asmus Bed's zum Grabe. Hier sprachen Genosse Haupt für die Sozialdemokratische Partei, Genosse Paul Löwig für die Genossenschaftsbewegung, Genosse Anton Weitenhoff für die Krankenkasse der gewerblichen Arbeiter, Genosse Kurt Harde für den Holzarbeiter-Verband. Noch eine ganze Anzahl anderer Vereine ließen eindrucksvolle Kränze am Grabe niederlegen. Darunter auch die Redaktion des „Lübecker Volksboten“. Ein Beweis, wie stark das Andenken des dahingegangenen Genossen Asmus Bed dankbar gewürdigt wird. Man wird seiner immer gedenken, wenn die verdienstvollen Mitglieder der Lübecker Arbeiterbewegung genannt werden.

Der Uebergang vom alten zum neuen Jahr ging ohne größere Schmerzen vor sich. Soweit es am äußerlichen Leben erkennbar war, nahmen recht viele sorglos von dem scheidenden Jahre Abschied und stampften vergnügt in das neue hinein. Die Straßen waren in den Mitternachtsstunden gedrängt voll und auch in den Lokalen sah alles dicht bei dicht. Je nach der Dürre der Briefstapel labte man sich an den Gasthausgängen. Die weißen aber leben trotz alledem recht bescheiden und freuen sich, eine harmlose vergnügliche Stunde in Freundeskreisen zuzubringen. Denn Urlaub, gar zu lustig zu sein, haben wir heuer ebensowenig wie im Vorjahr, als wir noch die Zuckungen der Inflation verspürten. Heute scheint dies alles überwunden und vergessen zu sein, auch vergessen, daß die Rentenmark in erster Linie dem Drängen der Sozialdemokratie zu danken ist. Doch was nützt die schönste Rentenmark, wenn sie so kümmerlich eingeht, daß man rechnen und rechnen muß, um sich durchzuschlagen. Wollen wir bessere Zustände schaffen, dann nützt natürlich kein leeres neujährliches Hoffen und Wünschen, sondern nur starker Zusammenschluß auf allen Gebieten: gewerkschaftlich zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, genossenschaftlich zur wohldurchdachten Verwendung des Einkommens und politisch zur Sicherung des Rechtes und des Friedens. Diese drei Hauptorganisationsformen werden im neuen Jahre für uns alle umso mehr denn je Richtschnur sein müssen. Denn die Gegner alten proletarischen Denkens und Handelns können stets danach, ihre eigenartigen Ziele den gemeinnützigen überzuordnen. Sie bezwecken die Festtage zu schönen Reden und wirken nachher im entgegengekehrten Sinne. Ihnen scharf auf die Finger zu schauen und eintrüge, geschlossene Massen gegenüberzustellen, das ist ein Gebot unserer Selbsthaltung. Wer als Arbeiter glaubt, des Zusammenhanges seiner Klassengenossen entraten zu können, der wird in dem jetzt beginnenden Jahre durch die Wucht der Tatsachen oft recht bald eines anderen belehrt werden. Wir wollen nicht klagen und nicht jagen, sondern arbeiten, um den Entertien des Glases im neuen Jahre etwas von der Schattenseite des Lebens zu nehmen.

Ein Flugversteher über Lübeck. Aus Kiel wird gemeldet: Eine neue Flugzeuglinie Berlin—Lübeck—Kiel—Kopenhagen soll demnächst ins Leben gerufen werden. Es ist beabsichtigt, die Linie bei Regelmäßigkeit auf Stockholm und Christiania auszuweiten. Die Stadt Kiel soll sich bereit erklärt haben, einen geeigneten Platz zur Verfügung zu stellen.

Entführung eines 10jährigen Mädchens. Am Neujahrstag wurde ein 10jähriges Mädchen am hellen Tage entführt. Um 3½ Uhr spielten einige Kinder auf dem Marienkirchhof in der Nähe der Kanzelwache. Da trat ein Mann an ein solches Kind heran und verwarnte sie. Der 10jährige Elii W. sagte er, daß er sie mitnehmen müsse, um ihre Personalien festzustellen. Ein zweites Kind schickte er fort. Die Kleine hat den unbekanntem Mann, er möge sie doch laufen lassen, sie werde nicht mehr auf dem Platz spielen. Aber das Kind mußte mit und ist trotz aller Nachforschungen bis heute noch nicht aufgefunden worden. Die Polizeibehörde ließ das Verschwinden des Kindes sofort in allen Lokalen, Kinos und auch durch Rundfunk bekanntmachen. Die Vermißte ist 1,20 Meter groß, hat hellblondes Haar und dunkle Augen. Sie war bekleidet mit dunkelbraunem Mantel, blauem Faltenrock, grünlich-blauem Jumper und Halbkoltschuhen. Im Haar trug das Kind eine weiße Schleife. Der Entführer wird von den Kindern als ein etwa 1,70 Meter großer Mann mit gestülptem schwarzen Schnurrbart geschildert. Er trug einen dunklen Mantel. Hoffentlich gelingt es, das Mädchen aufzufinden und den gewissenlosen Menschen zu fassen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Silvesternacht durch die leidige Schießerei, von der trotz Verbot's einige nicht lassen können. So wurde in der Weiserstraße die elfjährige Lotte Fischer in die Brust getroffen. Das arme Kind mußte am Neujahrstag ins Krankenhaus geschafft werden. Wie wir nachträglich erfahren, ist der Wertmeister Schäfer als Uebelthäter ermittelt. Als die Kinder um die Mitternachtsstunde einander Profit Neujahr zuriefen, trat Schäfer ans offene Fenster, schob drauf los und rief dann den Kindern zu, sie sollten machen, daß sie weiterkommen. Die kleine Lotte Fischer rief ihren Kameradinnen zu: ich bin getroffen und kann nicht gehen. Sie wurde noch ausgelacht, weil die andern glaubten, es sei nur ein Scherzspiel gewesen. Der sofort herbeigeholte Arzt Dr. Freudenberg leistete die erste Hilfe. Neben Schäfer hat auch der Post-

## Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Bestimmungen über den Lohnabzug, besonders die Durchführungsvorschriften, sind in letzter Zeit gründlich geändert worden. Als Arbeitslohn gilt hiernach der Gesamtbetrag der Einkünfte, die in öffentlichem oder privatem Dienst beschäftigte oder angestellte Personen aus dieser Beschäftigung oder Anstellung beziehen. Einkünfte sind nicht nur alle in Geld bestehenden Einnahmen, sondern auch alle Geldwert besitzenden Einnahmenvorteile, ohne Rücksicht auf die Bezeichnung oder Form. Beispielsweise gehören dazu Sachbezüge wie freie Verpflegung, Wohnung und Kleidung, deren Durchschnittswerte das Landesfinanzamt festzustellen und bekanntzugeben hat. Vor der Festsetzung sollen u. a. auch die Beruflichen und Fachvereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört werden. Dem Steuerabzug sollen auch unterliegen besondere Entlohnungen für Ueberstunden, Sonntagsarbeit und sonstige, über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsleistungen. Nicht zum Arbeitslohn gehören Vergütungen für Lieferungen und Leistungen, die jemand innerhalb der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit bezieht. Bei Beamten und Militärpersonen bleibt die zur Befreiung des Dienstaufwands gewährte Entschädigung außer Ansatz. Dagegen unterliegen Entschädigungen, die den in privaten Dienstverhältnissen stehenden Personen zur Verrichtung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten „Aufwands“ gezahlt werden, dem Steuerabzug. Ausgenommen ist natürlich die Erstattung bestimmter harter Auslagen. Nicht zum Arbeitslohn gehören die Versorgungsgebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz (Kriegsrente), Naturalbezüge der Reichswehr und Schutzpolizei, Bezüge aus einer Krankenversicherung, aus der Angestelltenversicherung sowie Invaliden- und Unfallrenten und Unterhaltungen aus öffentlichen Mitteln.

Bei der Berechnung des Steuerabzugs bleiben zunächst gewisse Teile des Arbeitslohns vom Steuerabzug frei (steuerfreier Lohnbetrag). Diese Beträge betragen a) bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate 60 Mark monatlich; b) bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Wochen 15 Mark wöchentlich; c) bei täglicher Zahlung für volle Arbeitstage 2,50 Mark und d) bei Zahlung des Lohnes für kürzere Zeiträume 60 Pfennig für je zwei angefangene oder volle Stunden. Diese erhöhten steuerfreien Lohnbeträge sind erst mit dem 1. Dezember 1924 eingeführt worden. Sie gelten aber auch, wenn der Zeitraum, für den der Arbeitslohn gezahlt wird, zum Teil in die Zeit vor dem ersten Dezember 1924 fällt. Indes gelten sie nicht für Nachzahlungen für volle Wochen bzw. Monate vor dem ersten Dezember.

Die durch Abzug vom Arbeitslohn einbehaltende Steuer beträgt 10 v. H. des steuerfreien Lohnbetrags übersteigenden Teils des Arbeitslohns. Dieser Satz bemißt sich für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau und für jedes zu seiner Haushaltung zählende minderjährige Kind um je 1 v. H. Diese Ermäßigung tritt nicht ein für Kinder über 17 Jahre, die eigenes Arbeitseinkommen beziehen. Dagegen werden die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau und Kinder unter sechzehn Jahren für die Steuerermäßigung auch dann berücksichtigt, wenn sie Arbeitseinkommen beziehen. Als Kinder gelten auch die zur Haushaltung zählenden minderjährigen Stief-, Schwieger- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge. Die Abzüge können auch gemacht werden für Kin-

der, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von dem Arbeitnehmer außerhalb dessen Wohnung mit seiner Einwilligung zum Zwecke der Erziehung oder des Unterrichts (Lehre) aufhalten. Leben beide Ehegatten zusammen, so gelten die Kinder als zum Haushalt des Ehemannes gehörig. Bei der Ehefrau können in diesem Falle die Kinder nicht berücksichtigt werden. Haben die Ehegatten getrennte Haushaltung und befinden sich die Kinder im Haushalt der Ehefrau, so tritt für letztere die Steuerermäßigung ein. Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit gezahlt (z. B. bei Akkordlohn), so sind vom vollen Arbeitslohn 4 v. H. als Steuer einzubehalten. Andere Ermäßigungen treten dann nicht ein. Der Arbeitgeber entscheidet, ob diese Voraussetzungen vorliegen. Einigen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht, so ist die Entscheidung des Finanzamts anzuführen.

Bei Lohnzahlungen, die für eine nach dem 30. November 1924 erfolgte Dienstleistung bewirkt werden, wird der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag nicht erhoben, wenn er a) bei Zahlung des Arbeitslohns für volle Monate 80 Pfennig monatlich; b) bei Zahlung für volle Wochen 20 Pfennig wöchentlich nicht übersteigt. Bei Zahlung des Arbeitslohns für kürzere Zeiträume (Tage, Stunden) wird die Steuer auf den nächsten durch 5 teilbaren Pfennigbetrag nach unten abgerundet, jedoch Steuerbeträge unter 5 Pfennig nicht erhoben werden. Beispiel: Ein verheirateter Arbeiter mit zwei minderjährigen Kindern erhält einen Wochenlohn von 18,50 Mark. Davon geht der steuerfreie Lohnbetrag mit 15 Mark ab, so daß noch 3,50 Mark zu versteuern sind. Von dem Steuerjahre von 10 v. H. gehen für drei Familienangehörige 3 v. H. ab, so daß noch 7 v. H. zu entrichten wären. Das sind 24 Pfennig, die aber nicht erhoben werden. Ein anderes Beispiel: Ein verheirateter Arbeiter mit vier minderjährigen Kindern erhält einen Tagelohn von 3,45 Mark. Davon gehen 2,50 Mark als steuerfreier Lohnbetrag ab, so daß noch 95 Pfennig verbleiben. Wegen der fünf Familienangehörigen vermindert sich die Steuer auf 5 v. H., weshalb die Steuer 4 Pfennig beträgt. Der Betrag wird nicht erhoben.

Für Heimarbeiter, deren Arbeitslohn für eine bestimmte Arbeitszeit oder nach einer Arbeitsleistung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gezahlt wird, gelten die gleichen Einrichtungen. Nach einem Bescheid des Reichsfinanzministers vom 25. September 1924 gehört der Anteil des Arbeitnehmers an den Sozialversicherungsbeiträgen zum Arbeitslohn. Er ist daher der Steuerberechnung mit zugrunde zu legen. Kriegsbeschädigten ist auf Antrag eine Erhöhung des geltenden Werbungskostenpauschales (des steuerfreien Lohnbetrages) auszubilligen, und zwar nach dem Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung. Ist ein Kriegsbeschädigter um 50 v. H. geschädigt, wird die Pauschale um 50 v. H. erhöht (Bescheid vom 7. April 1923). Eine Schneiderin, die im Hause der Kundschaft arbeitet, ist nicht in dem Grade unabhängig, daß der Steuerabzug gerechtfertigt ist.

Der Arbeitnehmer hat dafür zu sorgen, daß das von der Gemeindebehörde auszustellende Steuerbuch rechtzeitig in seinen Besitz gelangt. Legt der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber das Steuerbuch nicht vor, so ist letzterer berechtigt, den Arbeitslohn um volle 10 v. H. ohne Berücksichtigung des steuerfreien Betrages zu kürzen.

händler Koch geschossen. Beide Schießhelden sollen den Böllischen recht nahegekommen. Wenn Erwachsene so leichtsinnig oder gar verbrecherisch nachts mit Schußwaffen hantieren, dann ist eine exemplarische Strafe gewiß am Platze.

Verkauf von Bauplätzen aus dem Baugebiet Nebenhof. Nachdem gemäß Rat- und Bürgerbeschluß vom 30. Juli 1924 der Lübecker Staat von der Firma Frechs & Schulz, Kaufungsmittelwerk, das ihr gehörige, etwa 20 678 Quadratmeter große Industriegebiet aus dem Nebenhofer Felde käuflich erworben hat, hat die Finanzbehörde beantragt, sie zum Verkauf des Baugebietes für Wohn- oder gewerbliche Zwecke allgemein zu ermächtigen. Der Senat tritt dem Antrage der Finanzbehörde bei, und stellt demgemäß zur Genehmigung der Bürgerchaft, daß die Finanzbehörde ermächtigt werde, aus dem erworbenen Baugebiet Bauplätze für Wohn- oder gewerbliche Zwecke für den von ihr festzusetzenden Kaufpreis zu verkaufen oder in Erbbau zu geben.

Die Gebühr für Auslandspostkarten beträgt vom ersten Januar an 15 Pfennig. Die jetzigen Weltpostkarten zu 20 Pfennig und zu 20 + 20 Pfennig (Antwortkarten) bleiben im Verkehr und werden vom ersten Januar 1925 ab zu 15 und 30 Pfennig von der Post verkauft. — Verdorrene Weltpostkarten werden ausbann nur noch gegen andere Weltpostkarten umgetauscht. — Aus Postkarten, Briefumschlägen, Streifenstücken usw. ausgeschnittene Freimarkentempel dürfen zur Freimachung von Postsendungen nicht mehr benutzt werden.

Eine öffentliche Sitzung des Senates findet am Sonntag, 3. Januar, vormittags 11½ Uhr im Zimmer Nr. 40 des Gerichtshauses statt. Es wird verhandelt über die Strandung des Lübecker Dampfers „Walroß“ auf der Reise von Rostock nach Lübeck am 12. November 1924.

Falsche Rentenbankheine. Das „Reichsbesoldungsblatt“ gibt Merkmale falscher Rentenbankheine zu einer, zehn und fünfzig Rentenmark bekannt. Die Einmarkheine der Fällungsklasse dreißig bis fünfzig sind in der Gesamtbreite fünf Millimeter, in der Breite des unrahmten Druckbildes zwei Millimeter zu klein, das Wasserzeichen ist in leicht erkennbarem Fettdruck hergestellt. Die Nummerierung der Scheine ist schlecht, die Farbbildung auf der Vorderseite weicht von der der echten Scheine ab. Den zehnmarkheinen der Fällungsklasse 32 fehlt das Wasserzeichen; ihr Papier ist härter als das der echten Scheine. Der Stoffaufbau auf dem rechten Teil der Vorderseite ist durch Ueberstüchen mit grüner Farbe vorgetäuscht, während die Fasern in das Papier nicht eingebettet, sondern aufgedruckt sind. Die Beschriftung weist zu kleine Typen auf, die Nummerierung weicht im Schritt und in der Größe der Ziffern von der der echten Note ab. Die falschen Scheine zu 50 Rentenmark der Fällungsklasse 31 sind auf minderwertigem Papier hergestellt, auf dem das Wasserzeichen durch Fettdruck unvollkommen nachgeahmt ist. Der rechte Teil der Vorderseite ist mit einem schwach blaugrün oder schmutzig-weiß gefärbten Klebemittel überzogen, worauf einige dünne Fasern eingestreut sind. Die echten Scheine zeigen an dieser Stelle einen hellgrauen Stoffaufbau. Die Beschriftung ist im ganzen matt und unklar. Die Nummern sind wahrheitsgemäß mit einem Stempel aufgedruckt. Die Rückseite ist im Druck un sauber und verformt.

Der Großhandelsindex gestiegen. Die auf den Stichtag des 31. Dezember berechnete Großhandelsindexziffer ist gegenüber dem Stande vom 23. Dezember (1924) um 1,3 vom Hundert auf 34,3 gestiegen. Von den Hauptgruppen stiegen die Lebensmittel von 129, auf 131,3 oder um 1,8 Prozent, Industriepreise von 122,3 auf 122,9 oder um 0,4 Prozent.

Das 4. Sinfoniekonzert im Stadttheater am Montag, dem 5. Januar (Hauptprobe: Sonntag, 4. Januar vorm.) ist dem Großmeister der deutschen Tonkunst L. van Beethoven gewidmet. Von seinen Sinfonien kommt diesmal die siebente in A-Dur zum Vortrag. Eingeleitet wird das Konzert durch die große Fuge op. 133. Sie ist eines seiner letzten Werke und für Streichquartett geschrieben und gelangt hier in einer Ausgabe von Weinagartner für Streichorchester zur Aufführung. Bei der großen Seltenheit einer Aufführung dieses Werkes sollte niemand veräumen, es bei dieser Gelegenheit kennen zu lernen. In der Mitte des Programms steht das Violinkonzert. Es wird gespielt von Dorothe Gellshopp, die hier in ihrer Vaterstadt längt sich einen guten Ruf erzieht hat. Der Besuch dieses Konzerts ist deshalb sehr zu empfehlen.

Internationaler Meister-Ringer-Wettbewerb im Haupte-Theater. Am Dienstag endete das erste Treffen zwischen dem Oesterreicher Zili mit dem russischen Weltmeister Leskinowicz nach 14 Minuten temperamentvollstem Ringen mit dem Siege des Russen. Sehr erbittert gestaltete sich der Kampf zwischen dem Polen Risch und dem finnischen Riesen Waria. Als der Kampfleiter das Ringen nach zwanzig Minuten unentschieden abbrechen wollte, waren die beiden Kampfhähne derartig aneinander geraten, daß sie nur mit Hilfe einiger hinzu gerufener Ringer auseinander gebracht werden konnten. Als Risch sich dann erneut hinreißen ließ und Waria einen schmerzlichen Stoß verlebte, ließ auch dem Riesen schließlich die Galle über, und er verfecht dem Polen mit seiner ungeheuren Hand eine Ohrfeige, daß Risch zu Boden stürzte. Beim Kampf zwischen dem Oesterreicher Budrus und dem Schweizer Grunelien glückte es letzterem nach 47 Minuten 35 Sekunden ein doppelter „Armzug“, mit dem er den nähten Budrus aus der Brücke heraus auf beide Schultern zu werfen vermochte. — Ab 1. Januar wird vor den Ringkämpfen ein neues Barite-Programm geboten. Besonders hervorzuheben sind: Die drei „Relandinos“ in ihrem equilibristischen Salontanzstück „Die lebende Schaufel“; ein ausgezeichneter Jongleur ist George A. Keifland; die „Mikaroff“-Truppe sind hervorragende Luftakrobaten und der Humorist Oskar Ubrecht sorgt für Stimmung. Auch dieser neue Spielplan in Verbindung mit dem großen Ringer-Wettbewerb findet den Beifall des Publikums.

### Zunahme der Arbeitslosenziffern im Reich.

In der Zeit von Anfang bis Mitte Dezember 1924 hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 437 000 auf 458 000, das heißt um rund 5 Prozent zugenommen. Die Zunahme erstreckt sich verhältnismäßig ziemlich gleichmäßig auf männliche und weibliche Unterstützungsempfänger. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 572 000 auf 606 000 gestiegen. Die Entwicklung entspricht im ganzen der Jahreszeit.

### Wiedereinführung der Achtstundenschicht für die Feuerarbeiter.

Der Reichsarbeitsminister hatte vor wenigen Wochen schließlich einer Reize nach Oberschlesien die Erklärung abgegeben, daß die Achtstundenschicht für die Feuerarbeiter in absehbarer Zeit wieder eingeführt werden soll. Dr. Brauns wiederholte jetzt seine Erklärung gegenüber einem Pressevertreter, indem er unter anderem versicherte, daß die Entscheidung über die Schichtzeit der Hütten- und Koksarbeiter bis Mitte Januar getroffen werden soll. Dieser Versicherung läßt er hinzu, daß sich das Gesamtministerium darüber einig sei.

Lübecker Volkshochschule.

Am 1. Januar erschien der neue Arbeitsplan (22. Januar bis 15. März). Zu den bisher schon vertretenen Stoffgebieten...

Der Stand der Erwerbslosen.

Am 24. Dezember belief sich die Zahl der Erwerbslosen am Orte auf 2246.

Table showing the breakdown of unemployed individuals by profession: Landwirt, Metallgewerbe, Holzgewerbe, Nahrungsmittelgewerbe, Bauwesen, etc.

2246

Lübecker Feuerungsziffern im Dezember 1924.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die von Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration zugrunde...

Die Feuerungszahl soll, wie wiederholt bemerkt wird, nicht das Existenzminimum angeben, sondern nur die Bewegung der Preise verdeutlichen.

Für Dezember sind folgende Feuerungsziffern berechnet:

Table comparing heating costs in Goldmark for the years 1924 and 1913/14, showing percentage changes for different months.

Die einzelnen Wochenzahlen des Berichtsmonats sind fast unverändert. Nur die dritte Woche weist eine kleine Verteuerung auf...

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Abt. 1: Sonntag, Sammelstille! Die noch ausstehenden Sammelstufen müssen bis Sonnabend, den 3. Januar, abgeliefert werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Jugendabteilung: Freitag abend 7 1/2 Uhr Marienschule, Longer Caffeeberg.

Kameraden! Die illustrierte Reichsbanner-Zeitung ist erschienen. Bestellungen können in der Buchhandlung des Lübecker Volksboten gemacht...

Einblick auf Versammlungen, Theater usw.

Abt. 1: Sonntag, Epiphanien! Nächster Karuss am 8. Januar im Gewerkschaftssaal.

Die Kreditbank Lübeck v. G. m. b. H. weiß durch Bekanntmachung im Anzeigenblatt...

Angrenzende Gebiete.

H. C. Ein bedauerliches Schadenfeuer, das viele Güter vernichtete...

Die Neuregelung der Beitragsfreiheit in der Erwerbslosenfürsorge.

Die Arbeitsbehörde schreibt an:

Durch die beiden Verordnungen über die Beitragsfreiheit in der Erwerbslosenfürsorge vom 18. März 1924 und 24. Mai 1924 wurde diese Materie für ihre praktische Durchführung in keiner Weise befriedigend...

- 1. Eine Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft oder in der Binnen- und Küstenschifffahrt, wenn der Beschäftigte während eines Teiles des Jahres als Arbeitnehmer tätig, außerdem aber Eigentücker oder Pächter land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes von solcher Größe ist, daß er von dessen Ertrag mit seinen Angehörigen in der Hauswirtschaft leben kann.

6. Eine Beschäftigung in der Binnen- und Küstenschifffahrt auf Anteil am Fange (Partefischerei), die für den Beschäftigtenort zuständig Landesbehörde oder die von ihr beauftragte Stelle stimmt, bei welchem Mindestanteil die Befreiung eintritt.

das mit der Räumerei verbundene Wohnhaus des Besitzers vor dem Schlüssen zu bewahren. Die Entstehungsurache ist unbekannt: es handelt sich um ein älteres Gebäude...

stellt sich als ein Akt brutaler Rohheit heraus. Nach den Angaben von Augenzeugen und der Täter selbst ist Simon ein Opfer der in Tiffit seit Jahren mit besonderer Leidenschaft betriebenen antisemitischen Hecke geworden.

Vermischte Nachrichten.

Weitere Opfer des Massenmörders.

Papiere von 13 Personen gefunden. Mankerberg, 31. Dezember. Die Annahme, daß sich die Zahl der Opfer des Massenmörders Denke in Mankerberg auf mindestens 15 beläuft...

Deutsche Schiffsunfälle.

Das isländische Telegraphenbureau teilt mit: Der deutsche Schoner Schuttmeyer aus Emden strandete Montag früh bei Hjoerjen in der Lagerbucht. Die zwölfköpfige Besatzung erreichte im Rettungsboot Hoerfley.

Ein zweites Gutachten über die Haftstrafe. Wegen der Feststellung der Ursachen der Haftstrafe ist dem preussischen Kultusministerium von der technischen Deputation für Gewerbe...



# Mit Volldampf ins neue Jahr!

Nur einige Beispiele!

Warme Herren-Jagdwesten 5.95 4.95 3.95  
 Starke Barchenthemden ... 3.95 2.95 2.45  
 Normalhemden wollgem. ... 3.95 3.50 2.95  
 Normalhosen ... 3.50 2.95 2.50  
 Pa. Schlosserhemden dunkel ... 4.50  
 Warme T. Sportwesten hübsch. F. G. 3.00  
 Damen-Westen schwarz ... 4.95 3.95 2.95  
 Damen-Normaljacken ... 3.50 2.95 2.49  
 Warme Frauen-Barchenthos. 3.50 2.95 2.49

Weisse Damenhemden ... 2.75 1.85 1.25  
 Weisse Dam.-Beinkleider 2.95 2.50 1.85  
 Warme Schlupfhosen ... 3.95 2.95 1.95  
 Schlosserjacken ... 3.95 2.95  
 Schlosserhosen ... 3.95 2.95  
 Starke Piloten ... 6.95 5.95 4.95  
 Die Posten Hosen schüne Streifen 7.95 6.95 5.95  
 Buckskin-Hosen ... 5.95 4.95 3.95  
 Breeches-Hosen ... 11.95 9.95 7.95

Ein Posten Herren-Anzüge 29.50 24.50 19.50  
 Elegante Anzüge ... 59.50 49.50 39.50  
 Schw. Paletots m. Samtkragen 48.— 35.—  
 Moderne Ulster ... 49.50 39.50 29.50  
 Eleg. Straßenkleider 18.75 12.— 5.95  
 Krimmerjacke sehr eleg. gefüttert 39.—  
 Schöne Velour-Mäntel ... 39.— 29.—  
 Schuhwaren besonders herabgesetzt!

## Kaufhaus des Ostens

Franz Wehrendt

LUBECK

Untere Huxstraße 110.

### Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf

Nutzen Sie die günstige Gelegenheit aus, Sie kaufen jetzt billig. Unsere reellen Qualitäten sind weit bekannt.

#### Mod. Herren-Konfektion:

Starke Buckskin-Hosen 3.40, 4.95, 6.95, und besser, Piloten 5.95, 6.95, Breeches 6.95, 9.80, 12.90  
 Manchesterhosen 11.50, 12.90, 15.80  
 Kammgarnhosen 5.90, 7.90, 9.80, 17.50, Knaben-Anzüge 9.80, 11.80, 17.50, Herren-Manchester-Anzüge 39.—, 4.—, 48.50 eleg. Herren-Anzüge, tadelloser Sitz, 34.—, 39.—, 48.—, 58.—, 75.—, 88.—, elegante Gehrock-Anzüge 89.—, 98.—, eleg. Winterpaletots, schwarz und marengo, 49.—, 59.—, 75.—, 98.—, eleg. Winterulster 39.—, 48.—, 68.—, 85.—, eleg. Gummimantel 22.—, 24.—, 29.50, 39.—, eleg. Lodenmantel 19.—, 24.50, 34.—, 49.—, ein Posten warme Lodenjoppen 16.50, 19.50, 25.—, 33.—

Vernähtigung: Schloffer, Schlachter, Kellner, Friseur, Koch, Konditor, warme Unterzeuge, Hüte, Mützen, Strickjacken usw.

#### Moderne Schuhwaren:

Elegante Herrenstiefel 9.75, 10.50, 12.50, 14.50, eleg. Damen-Galbschuhe 8.50, 10.50, 12.50, Damenstiefel 9.75, ein Posten starke Arbeitstiefel 8.75, 10.50, Schaffstiefel starke 16.50, 18.50, 24.—, starke Sportstiefel 16.50, 18.50, Lederamaschen ohne Nacht, schwarz und braun, 10.45, Reithiefel 32.—, 37.—, 1 Posten Reithiefel, alle Größen, 18.—, 22.—, 28.—, 31.—, 39.—, schwarz und braun, warme Filzschuhe, Pantoffel in Kork, Leder, etc. usw.

#### Gute Kleiderstoffe:

Postkleiderstoffe 1.35, Blumenstoffe 0.85 und 2.90, Kleiderstoffe einfarbig 1.75, Schotten 1.50, Schürzenstoffs 1.40, Cheviot 1.95, Kleider-Velour 1.50, Gingham u. Blüchle 1.40 usw.

#### Starke Baumwollwaren:

Leinen 1.75, Julett 80 cm 2.25, Deutsches 350, Cardigan 0.85, 1.20, Carriacina Bettbreite 2.50, Linen, Bettbreite 2.20, Züchen, Bettbreite 1.75, Kissenbreite 0.98, Rique 1.25, Hochschwert 1.25, Militärbarbent 1.15, Hemdenstoffe von 0.75 an, Standard 95 cm breit 1.35, 1.15 cm, 1.90, Schürzenstoff 1.90 cm breit 1.55, Ragatta u. Cabets 1.45, Kaschieren, Bettens, Gebeten, weiße und farbige Bett- u. Kissenbezüge, Tischwische

#### Mod. Damen-Konfektion:

Eleg. Winterulster 12.50, 28.—, 33.—, elegante Wintermäntel 8.50, 11.95, 15.—, 19.50, 25.—, eleg. Pelourmäntel 3.—, 38.—, 42.—, eleg. Sprachmäntel 45.—, 52.—, 59.—, eleg. Kammgarnmäntel 75.—, 88.—, warme Damenkleider 12.—, 17.50, Strickkleider 18.50, 25.—, Kleiderstoffe 3.90, 5.75, 7.25, eleg. Strickjacken 11.75, eleg. Jumper 8.50, Gummimantel 25.00, Gendbluse 2.50, Wollschürzen 4.25, Kostüme, farbige, 12.—, 17.—, blau 25.— (38)

#### Eilers & Reetwisch

Hohlmarkt 1 St. Petri 2-4  
 Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf  
 Beste Qualitätsgelegenheit für Jedermann

### An die Bevölkerung Sübeds

Wie bereits durch die Presse bekannt geworden ist, haben der Reichspräsident und die Reichsregierung zur Linderung der Not in den Noterschweremittlungsgebieten in Süd- und Westdeutschland folgenden Aufruf erlassen:

**„Hilfe den Hochwassergebieten!“**  
**Hochwasser im Westen und Süden Deutschlands!**

Blühende Ortschaften, gepflegte Aecker sind überflutet worden, Wohnungen wurden zerstört, Hab und Gut fortgeschwemmt, Arbeitsgerät unbrauchbar. Tausende verloren in wenigen Stunden ihr Heim und die Früchte jahrelanger Arbeit. Die Schäden zu heilen, ist doppelt schwer bei der wirtschaftlichen Not der Gegenwart, dreifach schwer in den heimgesuchten besetzten Landesteilen. Der Staat hilft nach Kräften, aber seine Mittel genügen nicht.

Alle Volksgenossen rufen wir deshalb auf:  
**Helf! Gebt schnell! Gebt reichlich!**  
 Der Reichspräsident. Die Reichsregierung, Senat und Bürgerausschuss haben für die Linderung des Notstandes 1000 Reichsmark aus allgemeinen Mitteln zur Verfügung gestellt. An die Bevölkerung Sübeds ergeht die Aufforderung, eingedenk ihres bewährten Opfersinns ebenfalls die große Notlage den schwergeprüften Volksgenossen im Westen und Süden Deutschlands durch die Tat lindern zu helfen. Spenden werden auf das Konto „Deutsche Nothilfe, Hochwasserschäden“ bei sämtlichen sübedischen Banken erbeten.  
 Sübed, den 31. Dezember 1924.

Bürgermeister D. Dr. Neumann, Senator Hoff, Vorsitzender des Arbeitsausschusses der Deutschen Nothilfe, Landesauschuss Sübed, Senator Bromme, Gustav Ehlers, Wortführer der Bürgerschaft, Obermeister G. Heinsch, 1. Stellvertreter der Wortführer der Bürgerschaft, Ernst Bole, 1. Stellvertreter des Präses der Handelskammer, Gewerkschaftssekretär Alfred Brager, Präses der Handelskammer Hermann Eschenburg, Senior D. Evers, Bankier Alfons Frank, Bankdirektor R. Janus, Commerz-Bank in Sübed, Syndikus Dr. Käbel, Direktor der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Dr. Link, Direktor der Arbeitsbehörde und des Hochfahrtsamtes, Prof. Dipl.-Ing. Meka, Geschäftsführer der Deutschen Nothilfe, Landesauschuss Sübed, Generaldirektor Dr. Neumark, Carl Pempelfort, Heimatsbund der Rheinländer und Westfalen, Direktor G. Spanhaake, Flenderwerk, Faktor Stahl Schmidt, Fabrikant Heinrich Thiel, Bankdirektor Thiel, Darlehens- und Nationalbank, Georg Thode, Präses der Gewerbekammer. (30)

### Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

von Franz Mehring — 2 Bände 16.— Mark  
 Buchhandlung „Lübeder Volksbote“  
 Johannisstraße 46

### Preiswerte Waren

Hemdentuche Meter 98.4 78.4 68.4  
 Bettlatten 140 cm breit 2.45  
 Haustuche für Bettlaken 1.95  
 Schürzen 2.95 2.25 1.58 1.25  
 Damenstrümpfe 88.4 68.4 48.4  
 Herren-Socken 95.4 68.4 38.4  
 Warme Unterkleidung billigst  
 Normal-Hosen 3.95 2.95 2.50  
 Normal-Hemden 4.95 3.95 2.95  
 Wollgarn 100-Gr.-Lage 1.20  
 Blaue Schlosserjacken 2.95  
 Blaue Schlosserhosen 3.95  
 Pilot-Hosen 6.95 5.95 4.95  
 Manchester-Hosen 11.95 8.95

### Johannes Holst

Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6

### Kasper-Ohm im id.

Blattdeutsche Erzählungen von John Brindman  
 Preis 2 Mk.  
 Buchhandlung „Lübeder Volksbote“  
 Meinen lieben Gästen und Bekannten wünsche ein fröhliches Neujahr!  
 Joh. Hartmann und Frau, Kücknitz.

### Gewerkschaftshaus

Johannisstraße 50/52 (8)  
 Täglich: Künstler-Konzert  
 Bier — Wein — Kaffee  
 Speisen zu jeder Tageszeit!

### Großer Preisfest

am Sonnabend, d. 3. Januar 1925  
 abends 8 Uhr  
 Restaurant Fritz Wendt, Hohenstraße  
 Ia. Fleischpreise

### Städtisches Orchester

Sonntag, den 4. Januar, vorm 11 Uhr  
**Öffentliche Generalprobe**  
 Montag, den 5. Januar  
 7 1/2 Uhr abends  
**IV. Sinfonie-Konzert**  
 Leitung:  
 Generalmusikdirektor Karl Mannstaedt  
 Solistin: Dorothe Sellschopp, Violine  
**Beethoven** { Große Fuge op. 133  
 Violin-Konzert  
 VII. Sinfonie  
 Karten für die Aufführung: 1.50 bis 5.— M  
 für die Probe: 1.— bis 3.— M  
 an der Theaterkasse 27

### Achtung Raucher!

**Sabatwaren**  
 und 29  
**Dringere Pfeifen**  
 bei  
**Suslow Heinde**  
 26 Junthausen 26  
**Visitenkarten**  
 fertigt an die  
**Buchdrucker von**  
**Friedr. Meyer & Co.**

An- und Verkauf von guten, gebrauchten **Möbeln u. Betten**  
 Größtes Lager seit 1897  
 an Fleischhauerstr. 87  
 Ich zahle die allerhöchsten Preise für **Felle** und (11) **Haare**  
**J. Wagner** Tel. 3414  
 Bankstr. 26 Lübeck. Beste Absatzquelle für Händler und Private

### Der Frauen Schatz!

**Jahrbuch**  
 für Arbeiterfrauen u. Töchter  
 Preis 1.50 Mk.  
 Buchhandlung **Lübeder Volksbote**  
 Breite Straße 46

**Zentral-Hallen.**  
 Morgen Sonnabend:  
**Gr. Tanzveranst.**  
 Sonntag: (40)  
**Gr. Ball**

**Dania-Theater**  
 Ab 1. Jan. **Neues Varieté-Programm!**  
 Heute Freitag ringen:  
 Risch gegen Steurs  
 Buchheim gegen Parschan  
 Entscheidungskampf:  
 Leskinowicz gegen Meyerhans  
 Int. Varieté 8 Uhr  
 Ringkampf 9.

Seit 1914 in diesem Jahre zum ersten Male wieder  
**Inventur-Ausverkauf**  
 am Montag, dem 5. Januar, früh 8 Uhr (25)  
 Die Preise werden, wie bekannt, enorm billig sein  
**Otto Albers,** Manufakturwaren und Garderoben  
 Markt 4 — Kohlmarkt 10

**Cafe „Vaterland“**  
 morgen  
 Sonnabend, d. 3. d. M.  
**I. gr. humor.**  
**Rockbierfest**  
 Verfühtes Orchester  
 Viele Ueberraschungen  
 Leitung: Ludw. Puls  
 Anfang 8 Uhr  
 Eintritt frei! (24)  
 Kappen gratis!

**Stadttheater Lübeck**  
 Freitag, 7.30 Uhr:  
**Die zärtlichen Verwandten**  
 Sonnabend, 7.30 Uhr:  
**Oberon**  
 Sonntag, 11 Uhr:  
**Generalprobe z. 4. Sinfonie-Konzert**  
 3 Uhr:  
**Schnawittchen**  
 7.30 Uhr:  
**Die lustigen Vagabunden** (23)

Was oben 19 Goldf., Nichtstrom klw 60, Kraftstrom 27, Wasser oben 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldf. (16)